

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 M., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband: Teufelstanz u. Cetera. Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 2 M. pr. Monat. Eingez. in der Post-Regulierungs-Ver. für 1893 unter Nr. 4706.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober dem Raum 40 Wg. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Wg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur
Ant. L. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 5. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bur Tage.

Berlin, den 4. Mai.

Die Ungewissheit ist heute noch so groß wie gestern und wie am ersten Tage des Bekanntwerdens der Militärvorlage. Das Gerücht, Ablehnung der Militärvorlage und die Auflösung des Reichstages sei sicher, wird zwar laut ausgesprochen, ist aber nur Gerücht. Die heutige Debatte hat nicht die geringste Klärung gebracht, und die Verhandlungen, die in und mit den problematischen Fraktionen seit gestern geführt wurden und werden, sind nur geeignet, noch mehr zu verwirren.

Freilich, die Ungewissheit herrscht nur in bezug auf Unwesentliches — das heißt in bezug auf die Form, welche die Krisis für die nächste Zeit annehmen wird. In bezug auf das Wesentliche: die Krisis selbst, giebt's keinen Zweifel. Die Krisis — das steht fest — wird durch das Votum des Reichstages über die Militärvorlage nicht berührt, die Entscheidung, die letzte endgültige Entscheidung, nicht im Reichstag getroffen werden. Ob der Reichstag die Militärvorlage ablehnt oder annimmt — in jedem Fall wird der Kampf in dem Volk, von den Wählern ausgeht. Der Kampf um die Militärvorlage ist der Kampf um den Militarismus, oder — wie ein liberales Blatt es ausdrückt — der Kampf um die Frage: soll das Deutsche Reich ein ausschließlichlicher Kasernenstaat werden, oder soll es in die Bahnen bürgerlicher Freiheit eintreten? Der Militarismus hat bei uns in Deutschland einen so unverhältnismäßig großen Spielraum im politischen Leben sich angeeignet, einen so unverhältnismäßig großen Theil der Lebenskräfte des Volkes auf, daß der Staatsorganismus seine wichtigsten — seine eigentlichen Funktionen: die Kultur, die Fortschritt, denen er seine alleinige Existenzberechtigung verdankt, gar nicht oder nur auf dürftigste verrichten kann, und daß das deutsche Volk rettungslos dem Ruin verfallen muß, wenn es nicht gelingt, den erdrückenden Alb abzuschütteln.

Das deutsche Volk hat dies begriffen, und darum sich mit einer in der Geschichte unseres Volkes fast beispiellosen Einmüthigkeit und Energie gegen die neue Militärvorlage und den Militarismus erhoben.

Der deutsche Reichstag ist bereit, gegen das deutsche Volk für die Militärvorlage einzutreten. Das Volk wird sich dadurch nicht beirren, nicht zu feigem Nachgeben verleiten lassen. Kein Verrath des deutschen Reichstages wird die Sanction des deutschen Volkes erlangen, welches weiß, daß es die eigene Existenz vertheidigt, indem es den Militarismus angreift. Und wer angreift, muß den Feind auch niederwerfen und für immer unschädlich machen. Der Krieg gegen den Militarismus muß Krieg zur Vernichtung sein.

Leicht und kurz wird der Kampf nicht sein. Und das Schlachtfeld wird sich bald erweitern. Die Vertreter des Militarismus haben kein Hehl gemacht aus ihrer Absicht,

dem Volk, das sie fürchten, seine schneidigste Waffe zu entwenden: das allgemeine Stimmrecht.

So lange das allgemeine Stimmrecht besteht, ist es den Reaktionären jeder Sorte ein Grauel, und die Versuche, es zu verfälschen oder zu zerstören, haben seit zwei Jahrzehnten nicht aufgehört. Jetzt, wo wir einen entscheidenden Wendepunkt unserer inneren Entwicklung erreicht haben, halten die Feinde der Volksfreiheit den Augenblick für gekommen, dem verhassten allgemeinen Stimmrecht das Lebenslicht auszublafen. Die Krise, in der wir uns befinden, ist also ein Kampf nicht bloß um die Militärvorlage und den Militarismus, sondern auch um das allgemeine Wahlrecht.

Das deutsche Volk muß sich das vor Augen halten. Sein Kampfeifer, sein Kampfsorn wird nur noch lohnender entfacht werden.

Gegen den Militarismus und für das allgemeine Wahlrecht — wird unser Schlachtruf sein in den Kämpfen, die durch diese Militärvorlage entfacht worden sind.

Den Herren Reaktionären, die durch das geplante Attentat auf das allgemeine Wahlrecht ihre staatsbehaltende Natur offenbaren, sei hier im Vorbeigehen bemerkt, daß ihr Treiben ein sehr „unpatriotisches“ ist, denn was könnte dem Ansehen des Deutschen Reiches mehr schaden, als das Bekenntniß, daß das deutsche Volk deshalb politisch entmündigt werden soll, weil es in seiner Mehrheit die Politik des Deutschen Reiches verurtheilt? Kann man dem Deutschen Reich ein kläglicheres Armuthszeugniß ausstellen? Kann man das Deutsche Reich vor dem Auslande tiefer herabsetzen?

Nun — das allgemeine Wahlrecht ist fester gewurzelt als die Herren Reaktionäre glauben. Freilich, sie schrecken ja nicht vor der nackten Gewalt zurück; die Vertheidiger des Militarismus und die Feinde des allgemeinen Stimmrechts sind so konsequent, daß sie ihren Gesesstun und ihre staatsbehaltende Natur auch noch durch die mehr oder weniger verdeckte Drohung mit einem Staatsstreich bekunden. Der Staatsstreich — das ist die Revolution.

Mit dem Feuer zu spielen, ist ein gefährlicher Zeitvertreib. Und die Herren, die jetzt gegen das allgemeine Wahlrecht konspirieren und mit einem Staatsstreich, das heißt mit einer Revolution von oben drohen, dürften zu ihrem Schanden entdecken, daß nicht bloß das allgemeine Stimmrecht, daß auch das deutsche Volk stärker ist als sie glauben.

Was immer kommen möge, die Sozialdemokratie wird ihre Schuldigkeit thun, und zu dem deutschen Volk haben wir das Vertrauen, daß es den Kampf für seine Rechte und Interessen unentwegt führen wird, bis der Moloch des Militarismus zerschmettert und die Staats- und Gesellschaftsordnung nach Grundsätzen der Humanität und Freiheit derart umgestaltet ist, daß für die Sumpfgewächse der

politischen Reaktion so wenig ein Boden sich findet, wie für die Giftpflanzen des sozialen Elends und der sozialen Verderbnis.

Die Militärvorlage.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt in ihrer Morgen-Ausgabe vom 4. Mai:

Wie wir erfahren, hat sich die deutschfreisinnige Fraktion in der Sitzung, die sie gestern, Mittwoch, Abend abhielt, dahin geeinigt, geschlossen gegen den Antrag Huene zu stimmen. Nur der Abgeordnete Hünze hat sich noch einen Vorbehalt gemacht. Dieser Vorbehalt dürfte, wenn nicht neue unvorhergesehene Ereignisse eintreten, das Schicksal der Militärvorlage bestimmen. In parlamentarischen Kreisen wurde gestern Abend die Auflösung des Reichstages als ganz sicher betrachtet.

Abwarten! Das Organ Eugen Richter's, der doch am besten Bescheid weiß, äußert sich durchaus nicht so siegesgewiß. In der „Freisinnigen Zeitung“ vom 4. Mai lieh man:

Ob und wie viel freisinnige Abgeordnete für den Kompromißantrag Huene stimmen werden, ist durchaus zweifelhaft. Jedenfalls dürfte die Zahl noch weit geringer sein, als man bisher in der Öffentlichkeit angenommen hat.

So wenig wie die „Freisinnige Zeitung“ weiß die „Volks-Zeitung“, deren Leiter Fraktionsmitglied ist, etwas von dem angeblichen Beschlusse des Deutschfreisinn. Sie schreibt: „Die „Vossische Zeitung“ will aus der gestrigen Fraktionsitzung der freisinnigen Partei erfahren haben, daß die Fraktion sich dahin geeinigt habe, — mit Ausnahme des Herrn Abg. Hünze — geschlossen gegen den Huene'schen Antrag zu stimmen. Diese Nachricht ist schon deswegen nicht zutreffend, weil die Fraktion über die in der Sitzung nicht zugegen gewesenen Mitglieder mangels Fraktionszwanges nicht verfügt. Es bleibt daher die Abstimmung im Plenum des Reichstages abzuwarten.“ — Mit den Wabelkämpfen ist nicht gut Rischen essen, sie leben und sterben für die „Verständigen“.

Zu dem nach der „Vossischen Zeitung“ mitgetheilten Beschlusse des Deutschfreisinn bemerkt die „National-Zeitung“: „Die Herren Dänel, Ridert und Genossen haben sich danach in einer gestern Abend abgehaltenen Fraktionsitzung — angeblich mit alleiniger Ausnahme des Abgeordneten Hünze — der Mehrheit der Fraktion unterworfen! Als ihr Beweggrund wird das schon gerüchtweise erwähnte Argument angeführt: für den Antrag Huene sei doch keine Majorität des Reichstages zu erlangen, deshalb würden sie nicht für diesen, sondern für den deutschfreisinnigen Fraktionsantrag stimmen!“

Die „Volks-Zeitung“ meldet über die Fraktionsitzung des Zentrums: „Nach äußerst lebhaften Auseinandersetzungen stellte ein Mitglied den Antrag, die Fraktion möge die bestimmte Erwartung aussprechen, das Fr. von Huene den von ihm formulierten Antrag in der Mittwoch-Sitzung nicht einbringen werde. Die Tendenz dieses Antrages ging dahin, diejenigen Mitglieder, welche für den Antrag Huene stimmten, zum sofortigen Austritt aus der Fraktion zu veranlassen, da sonst ein einseitiger Wahlausruf der Zentrumsfraktion, wie man vielfach andeutete, mit den größten Schwierigkeiten ver-

warten zu lassen. Es war halb zwölf Uhr, als er das Ufer erreichte.

Es waren nur wenige Passagiere um diese Stunde da. Andrej nahm ein kleines Boot für sich allein und konnte sich so leicht überzeugen, ob er das andere Ufer des breiten Flusses erreiche, bevor ein anderer Passagier diesseits abgefahren war.

Am andern Ufer mußte er sich länger aufhalten, als es ihm lieb war, um das Haus von der Seite zu erreichen, wo er nicht erwartet wurde. Dies alles verursachte eine beträchtliche Verzögerung, und da er gewöhnlich sehr pünktlich war, hatte Tanja bereits Zeit, sich um ihn zu kümmern; sie freute sich desto mehr über seine glückliche Rückkehr, als ob das wirklich etwas Wesentliches für sie bedeute. „Weshalb wolltest Du mein Vater sehen?“ fragte sie ihn.

Andrej erzählte ihr von den Warnungen, die ihm von ihrem Vater und den Freunden im Hauptquartier zugegangen wären und die sie zwängen, ohne Ausschub anzugehen. Sie machten sich sogleich an die Arbeit, das Wenige, das sie mitnehmen wollten, zu packen, und am nächsten Morgen vollzogen sie glücklich die doppelte Operation, unbemerkt aus der Zahl der Lebenden zu verschwinden und gleich einem Phönix an anderem Orte wieder aus der Asche zu entstehen.

Ihr neues Heim war so sicher vor jeder Gefahr, wie es eine Reihe der schlauesten Vorsichtsmaßregeln, die durch lange Praxis diktiert waren, nur machen konnten. Die Polizei ahnte nichts von dem geplanten Verbrechen. Die Jagd nach ihm galt noch seinen letzten Handeltugenden, sie wurde aber ohne ein Zeichen von Pässigkeit fortgesetzt. Dies war schlimm genug. Viele Spione kannten ihn vom Sehen. Er lief Gefahr, so oft er das Haus verließ, erkannt und auf-

Feuilleton.

(abgedr. verboten.)

380

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Vertha Braun.

„Geben wir zu, was Du sagst. Wir, die sogenannte Gesellschaft, sind Feiglinge. Da Du es aber nicht ändern kannst, mußt Du dies wie jede andere Thatsache der Gegenwart hinnehmen. Um so mehr Grund, Euch nicht umsonst die Köpfe zu zerbrechen, indem ihr versucht, mit ihnen ein Loch in die Wand zu stoßen.“

„Nein, wir sind nicht so hoffnungslos,“ sagte Andrej nachgiebiger. „Wir haben außer der Gesellschaft noch etwas anderes, worauf wir bauen können und wir hoffen, daß die Gesellschaft selbst, wenn ihr neues Blut eingeströmt wird, sich veredeln wird. Hat nicht ein großer Philosoph gesagt: „Je höher keine Achtung für die Majorität der Menschen, desto kleiner die Gefahr, sich zu irren?““

Repin bemerkte, daß, soweit seine Kenntniß der großen Philosophen reichte, keiner diesen Ausspruch gethan habe, einer aber gerade das Gegentheil behauptet habe.

„Dann sollten sie's gesagt haben,“ antwortete Andrej. „Thaten sie's nicht, so würde ich nicht einen Pfennig für die Bande geben.“

Er nahm seinen Hut und zog seine Handschuhe an. „Lebe wohl, Gregory Alexandrowitsch,“ sagte er. „Ich weiß nicht, wann ich Dich wiedersehen werde.“

Er konnte nicht mehr sagen, ohne sein Geheimniß zu verrathen.

Sie nahmen von einander ebenso herzlich Abschied, wie sie sich begrüßt hatten. Repin wiederholte Andrej, daß sein Haus und seine Beziehungen, wenn er sie nur brauchte, zu seinen Diensten ständen.

Andrej nickte mit dem Kopfe, um zu sagen, daß er dies wohl wisse und dafür dankbar sei. Sein Gesicht hatte aber einen besonderen Ausdruck, den Repin erst später sich erklären konnte.

Kapitel IX.

Andrej's Traum.

Andrej ging nicht direkt nach Hause. Er mußte dem Hauptquartier noch einen Besuch abstatten und wurde dort durch Nachrichten sehr unangenehmer Art zurückgehalten.

Die Auskunft Repin's erwies sich als sehr richtig. Die Polizei hatte beschlossen, alle Debel in Bewegung zu setzen, um seiner habhaft zu werden. Sie hatte herausgebracht, daß er irgendwo jenseits der Rewa eine Zufluchtsstätte gefunden habe. Das war sehr ärgerlich.

Die Freunde riefen ihm, garnicht mehr nach Hause zu gehen, sondern anstatt dessen Tanja die Nachricht zukommen zu lassen. Jetzt am allerwenigsten dürfe er der Polizei in die Hände fallen.

Andrej sah dies wohl ein, doch konnte Tanja nicht, während er selbst abwesend war, allein und plötzlich das Haus verlassen. Gerade dies mußte ausfallen. Er beschloß also, lieber gleich nach Hause zu gehen, um in der Frühe des nächsten Morgens fortzuziehen zu können. Die Gefahr schien noch fern, und er hoffte, seine Vorsichtsmaßregeln gegen die Spione schon noch treffen zu können.

Er nahm eine Droschke nach der Gagarin-Fähre, entschlossen, den kürzesten Weg zu nehmen, um Tanja nicht

bunden sein würde. Dem Freiherrn von Suene entging diese von der Mehrheit gefällte Auffassung, der ziemlich deutlich Ausdruck gegeben wurde, nicht, und er erklärte für den Fall der Annahme jenes Antrages, sofort seinen Austritt erklären zu wollen. Durch den Präsidenten und andere Abgeordnete, die einen für unvermeidlich gehaltenen Bruch nicht vorzeitig herbeiführen wollten, wurde die Zurücknahme des Antrages veranlaßt.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „Abg. Dr. Witte, welcher zur Zeit in Chicago weilte, hat sich brieflich berathen gegen die Bewilligung der Vorlage erklärt, daß auf seine Stimme für ein Kompromiß nicht zu rechnen sein würde, wenn er hier wäre.“ Ja, „wenn er hier wäre.“ Aber ein Volkvertreter, der auf diesen Ehrennamen Anspruch macht, hat eben hier zu sein, wenn die wichtigsten Fragen im Parlament zur Entscheidung kommen. Weit davon ist gut vom Schutze, die Reichstagswähler des zweiten Reichstages Wahlkreises werden sich Herrn Witte's Amerikareise merken. So wie so steht es in Sonneberg auf Epich und Knopf, und die Sozialdemokratie wird diesmal, so hoffen wir, den schließlichen Vertreter über Geldsacks-Interessen, den Agenten der chemischen Industrie, aus dem Sattel heben.

Damit die Pöste in erster Zeit nicht fehlt, hat der wilde liberale Abgeordnete Wiffen einen Sonderantrag zur Militärvorlage eingebracht, welcher die stolze Forderung ausstellt, daß vom 1. Januar 1899 ab der gesammte Etat des deutschen Heeres, wie alle übrigen Posten des Reichshaushalts-Etats, alljährlich festgestellt wird. Herr Wiffen kommt mit diesem seinem Antrage, wie die „Freisinnige Zeitung“ meldet, gerade 18 Jahre zu spät. Denn bekanntlich wird schon seit dem 1. Januar 1875 der Militäretat ebenso wie der gesammte Reichshaushalts-Etat jährlich festgestellt. Herr Wiffen könnte dies nachgerade wissen, da die Feststellung alljährlich im Reichstage in einzelnen erfolgt.

Die Nationalliberalen werden geschlossen für den Antrag Duene stimmen. Wie wäre das anders möglich bei der Fraktion Drehscheibe?

Ein parlamentarischer Berichterstatter meldet: „Der Kaiser soll den Vortrag des Reichskanzlers über den Stand der Militärvorlage, welcher in dem Reichstage gipfelte, zur Auflösung des Reichstags zu schreiben, entgegen genommen, jedoch Bedenken dagegen geltend gemacht haben. Schließlich hätten indes die Gründe des Reichskanzlers den Sieg davongetragen. Der Kaiser habe die Genehmigung zur Auflösung erteilt. Dem Bundesrath soll bereits der bezügliche Antrag Preußens vorgelegt sein und dessen Zustimmung erhalten haben.“

Die „edlen“ Polen stürzen sich, geführt von Herrn Kosciuszko-Admiral, in die Spitze der Vorlage und rufen begeistert ihr Ja! Zum Fraktionsredner ist der von Komarowski auserselben. Die polnischen Arbeiter werden den bewilligungsfähigsten Punkten die Rechnung für ihre Gesinnungstreue rechtzeitig darreichen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai.

Aus dem Reichstag. Ueber 300 Abgeordnete waren im Hause anwesend, das ist schon lange nicht mehr dagewesen. Es war der Militärvorlage vorbehalten, in den Abgeordneten des Reichstages diesen Pflichterweis nach zu rufen. Wer freilich erwartet hat, daß es gelegentlich der zweiten Lesung der Vorlage noch zu besonders interessanten Debatten kommen wird, den hat der bisherige Verlauf derselben enttäuscht. Das Thema ist erschöpft, und neue sachliche Momente sind, auch von den besten Rednern, weder für noch gegen mehr beizubringen. Nachdem gestern die Verhandlung nach kurzer Dauer unterbrochen wurde, eröffnete heute Richter bei überfüllten Tribünen und vollbesetztem Hause die Debatte. Die Rede des Führers der Freisinnigen war in der Hauptsache eine Polemik gegen die gestrige Rede des Kanzlers, dem er vorwarf, nur abgelagerte Waare vorgebracht zu haben, ein Vorwurf, den der Kanzler nachher Richter zurückgab. Alles in allem genommen, hatten Beide recht; was aber in diesem Falle kein Vorwurf sein soll.

Aus der Rede des Kanzlers verdient nur die Erklärung hervorgehoben zu werden, daß die Regierung mit dem Antrag Duene als Parole in den Wahlkampf ziehen werde.

Nach Caprivi sprach Stumm, natürlich für die Vorlage. Dieser Herr machte das allgemeine gleiche Wahlrecht dafür verantwortlich, daß die Mehrheit der Abgeordneten sich nicht getraut, für die Vorlage zu stimmen. Nebel stammte dem zu und erklärte gegenüber den immer häufiger werdenden Angriffen auf das allgemeine Wahlrecht, daß die Herren, welche gar so gern mit dem Gedanken der Revolution von oben spielen, bedenken sollten, daß dem leicht

der Strafe festgenommen zu werden. Andererseits war es sehr unvorsichtig, in einer Privatwohnung zurückgezogen zu leben, weil es sofort Verdacht erregen konnte. Das Hauptquartier war der beste Platz für einen den Verschworenen so kostbaren Mann wie Andrej. Deshalb wurde er aufgefodert, sich dort niederzulassen. Hier war er vor der Polizei sicher und konnte Tage, ja Wochen daheim bleiben, ohne daß es jemand merkte. Dies erforderte natürlich eine sofortige Trennung von Tanja, die noch einige Zeit hätte verschoben werden können, denn der Plan war noch lange nicht zur Reife gediehen. Tanja war durch diese frühzeitige Trennung tief betrübt; denn diese ohnehin letzten Tage, welche sie zusammen zu verbringen hatten, waren ihr Kleinod, das ihr um so kostbarer schien, je weniger von ihm blieb. Was Andrej anbetrifft, so war er eher froh darüber.

Tanja hatte aufs genaueste das gehalten, was sie sich an jenem schrecklichen Morgen, als er ihr zuerst das Geheimniß enthüllte, vorgenommen hatte. Ihr Muth und ihre Selbstverleugung wankten nie während der ganzen harten Prüfungszeit. Sie war aber zu jung und zu wenig an Kummer gewöhnt, und Andrej sah nur zu deutlich, was der stille Perceusius sie kostete, so daß dieser Anblick an seinem Herzen nagte, und er es für beide Theile besser hielt, wenn sie sich nicht mehr sahen. Er nahm daher die Einladung bereitwillig an, für die Frist von 3 Wochen, die ihm nach seiner Berechnung blieb, nach dem Hauptquartiere überzusiedeln. Die drückende, gespannte Atmosphäre des Ortes sagte ihm zu.

Alles war hier in „Geschäfte“ vertieft. Als beständiger Einwohner besorgte Andrej viele laufende Arbeiten und fühlte sich wie auf dem Schauplatze einer endlosen Schlacht, die um ihn wüthete.

Er war gerade in dem Mittelpunkt, in dem die Berichte aus allen Theilen Russlands zusammenliefen, — aus Gefängnissen, aus Festungen, aus den sibirischen Bergwerken und Eiswästen, — jeder Brief enthielt Geschichten zu Grunde gerichteter Christen, Geschichten von Wahnsinn, Selbstmord und Tod in jeder Form, von Familien-tragödien und gewaltsamen Trennungen. Dies war gerade kein Trost, führte aber die Last seines eigenen Geschicks auf

die Revolution von unten folgen könnte. Dem Volke immer unerschwinglichere Lasten aufbürden und zugleich dessen Rechte schmälern, das könnte auch die dehnbarste Geduld erschöpfen. Sonst beschäftigte sich unser Genosse besonders in eingehender und fesselnder Weise mit dem Gedanken der Durchführung der allgemeinen Volkswehr.

Die Verhandlungen sollen morgen Mittag 12 Uhr fortgesetzt werden. Es sind noch 17 Redner vorgezeichnet.

Das Dekret, in dem die Auflösung des Reichstages für den Fall der Ablehnung des Antrags Duene ausgesprochen wird, soll heute Vormittag von dem Kaiser unterzeichnet worden sein. So erzählte man sich heute in den Wandelgängen des Reichstages, und es liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit dieser Angabe zu zweifeln.

Um eine dritte Lesung und damit die Fortsetzung der Bemühungen für das Zustandekommen des Ruhandels über die Militärvorlage zu ermöglichen, werden von kompromißfähigen Mitgliedern des Zentrums und der Freisinnigen Partei Versuche gemacht, in zweiter Lesung irgend einen bestimmten Antrag zur Annahme zu bringen. Man hofft diesen Zweck mit der Annahme der zweijährigen Dienstzeit zu erreichen. Unsere Partei, welche kein Interesse daran hat, die Entscheidung hinaus zu ziehen, wird sich zu keinem dieser Versuche gebrauchen lassen und werden unsere Abgeordneten gegen alle vorliegenden Anträge stimmen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte Mittwoch Abend eine vierstündige Sitzung. Das Verhalten und Vorgehen der Partei für den Fall der Auflösung des Reichstages wurde nach allen Richtungen hin ins Einzelne festgesetzt. Meinungsverschiedenheiten traten bei keinem Punkte hervor. Von der Militärvorlage, die allen anderen Parteien den Kopf und die Organisation zerbricht, ward kein Wort gesprochen. Das Prinzip macht uns das richtige Handeln selbstverständlich. Für die Sozialdemokratie giebt es keine Ab- und Nebenwege. Auch keine krummen Wege. Geradeaus, vorwärts gegen den Feind! Das ist die Lösung. Und alles ist klar zum Gesichte!

Der Bundesrath hat in seiner am 4. Mai stattgehabten Plenarsitzung die Vorlagen, betreffend den Handels- und Zollvertrag mit Serbien und betreffend das Uebereinkommen mit Serbien über den gegenseitigen Muster- und Markenschutz den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

Stimmungsmache. Im Reichstags-Wahlkreise Dortmund sind sie schon wieder aufgetaucht, die bunten Bildchen nämlich. Die dortigen Nationalliberalen versenden so massen eine bunte Karte über die Stärke der Kriegsheere in Europa, um schwache Gemüther ängstlich zu machen. Jetzt werden auch wohl bald Melinit und Pikrinsäure wie 1887 an die Reihe kommen.

Das Herrenhaus nahm am Mittwoch das Gesetz über die Ruhegehaltsklassen für Volksschullehrer mit einigen kleinen Aenderungen an und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Prehgeschliches. Aus Rürnberg wird der „Frei. Bzg.“ unterm 3. Mai gemeldet: „Die heutige Nummer des volksparteilichen „Nürnberger Anzeigers“ wurde wegen einer Stelle in dem „Verrath“ überschriebenen Leitartikel konfiszirt. Es soll in derselben eine Aufforderung zum Aufruhr enthalten sein.“ Wer den sanften Charakter dieses Lokalkatzenblättchens kennt, wird über den „Aufruhr“ im Glase Limonade sicher erbaut sein. Unsere deutschen Staatsanwälte kontrolliren jeden Buchstaben, der auf Schwarz und Weiß zu Tage tritt, mit einer erstaunlichen — Sorgfalt.

Vom Grenzverkehr mit zollfreier Waare. Das Reichsgericht hat, wie eine liberale Zeitungskorrespondenz meldet, neuerdings wieder eine wichtige Entscheidung über den Grenzverkehr mit zollfreier Waare gefällt. Eine Hausfrau, die im oberösterreichischen Grenzbezirk wohnt, war der Uebertretung der Strafschriften des Vereinszollgesetzes angeklagt worden, weil sie 3 Kilogramm Mehl, also eine Menge, die von Bewohnern

das richtige Maß zurück. Wenn er einen solchen Anblick immer vor Augen hatte, konnte sein und Tanja's persönlicher Kummer ihm nicht so sehr zusehen, wie dies geschah, wenn sie miteinander allein waren.

Der Geist des Ortes hatte ihn gekräftigt. Er wurde ruhiger. Er dachte oft an Tanja, aber nicht mit solchem Schmerz wie zuvor. Er überredete sich schließlich, daß sie ebenso empfand, wie er.

Einmal während Andrej's Aufenthalt im Hauptquartier wurde eine regelrechte Versammlung von Verschworenen dort abgehalten, bei welcher sowohl er als auch Tanja zugegen waren. In der Versammlung wurden die gewöhnlichen Fragen erörtert, denn Andrej's besondere Sache war einer anderen Organisation, die sich an einem anderen Orte versammelte, anvertraut.

Tanja nahm in ihrer gewöhnlichen, geschäftsmäßigen Weise an der Diskussion theil, lauschte mit anscheinender Ruhe und gab, wenn es an der Zeit war, wie alle anderen ihre Stimme ab. Andrej freute sich, sie so gefaßt zu sehen, doch überraschte ihn dies nicht. Er hielt es für ganz natürlich, daß sie sich, da sie selbst zu den Verschworenen gehörte, so benahm.

Als die Versammlung vorüber war und die Freunde sich einer nach dem anderen zurückgezogen hatten, blieb Tanja zurück. Sie wollte, da sie einmal da war, auch den Abend daselbst zubringen. Die Etage war sehr geräumig. Sie konnten leicht ein Zimmer für sich allein finden. Aber die ständigen Bewohner, bei denen einige Gäste waren, besaßen sich in dem Zimmer nebenan und sprachen so laut, daß man ihre Stimmen durch die geschlossenen Thüren hören konnte. Dies dämpfte und beschränkte die Unterhaltung. Sie sprachen über gewöhnliche Dinge, die mit der heutigen Versammlung in Verbindung standen, als ob ihnen nichts Besonderes passieren sollte. Manchmal suchten sie nach einem Gesprächsstoff, um nicht zu schweigen, als ob sie Fremde wären. Dies wurde Tanja so unerträglich, daß sie sich nach einer halben Stunde erhob, als ob sie erstickend mühte, und sagte, daß sie sogleich nach Hause gehen müsse.

Andrej hielt sie nicht zurück.

des Grenzbezirks zollfrei eingeführt werden darf, nicht auf der Zollstraße, sondern auf einem Nebenwege aus Oesterreich nach ihrem Wohnorte eingebracht hatte. Nach § 21 des Vereinszollgesetzes darf derjenige, der zollpflichtige Waare oder solche Gegenstände mit sich führt, welche zwar zollfrei, aber dergestalt verpackt sind, daß ihre Beschaffenheit nicht sogleich erkannt werden kann, über die Zolllinie nur auf einer Zollstraße eintreten. Das Landgericht in Klattow hatte die Frau freigesprochen, weil sie eine zollfreie Waare eingebracht habe und deshalb nicht auf die Zollstraße angewiesen gewesen sei. Die Art der Verpackung hat keine Handhabe zur Anwendung des § 21 des Zollgesetzes geboten; es wendet sich die vom Provinzial-Steuerdirektor in Breslau eingelegte Revision nur gegen die Annahme des Landgerichts, daß die eingeführte Waare zollfrei gewesen sei, und das Reichsgericht beschäftigt sich in seiner Entscheidung auch nur mit dieser Frage und mit der vom Provinzial-Steuerdirektor aufgestellten Behauptung, daß das eingebrachte Mehl an sich zollpflichtig, mithin seine Einfuhr auf einem Nebenwege ordnungswidrig gewesen sei. Diese Behauptung wird vom Reichsgericht aus folgenden Erwägungen für unbegründet erklärt:

„Die sich aus den §§ 3 und 5 des Vereinszollgesetzes ergibt, gilt sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr die Zollfreiheit als Regel. Daher ist jede eingehende Waare an sich zollfrei und nur ausnahmsweise, nämlich soweit der Vereinszolltarif einen Eingangszoll festsetzt, zollpflichtig. Die Zollpflichtigkeit einer Waare ist also konstant zu beurtheilen, und wenn sie im Gesetze von der Menge der eingeführten Waare abhängig gemacht ist, so ist die geringere Menge eben nicht zollpflichtig, sondern zollfrei. Das Zolltarif-Gesetz drückt dies in der allgemeinen Bestimmung des § 4b dahin aus, daß alle der Gewichtszollung unterliegenden Waaren in Mengen unter 50 Gr. von der Verzollung befreit, mit andern Worten nicht zollpflichtig sind. Diese Befreiung ist in Art. 25 § 2 des Tarifs für Mehl im Grenzverkehr auf 3 Kgr. ausgedehnt. Ist die Waare aber nicht zollpflichtig, so ist ihre Einfuhr auch nicht der Beschränkung des § 21 unterworfen, sie müßte denn in der dort angegebenen Art verpackt sein, was vorliegend nicht in Frage steht.“

Nach der Entscheidung des Reichsgerichts können also, im Gegensatz zu der Auffassung der preussischen Zollverwaltung, alle Waaren, die nach Menge und Qualität zollfrei eingeführt werden können, auf jedem Wege, nicht bloß auf den amtlichen Zollstraßen, eingebracht werden, vorausgesetzt, daß die sofortige Erkennung ihrer Beschaffenheit durch die Verpackung nicht verhindert wird. Der Verkehr mit zollfreien Waaren im Grenzverkehr wird dadurch von den Fesseln wieder befreit, die die Steuerverwaltung ihm angelegt hatte. Zugleich beweist diese Entscheidung des Reichsgerichts aufs neue, von welchem Werthe gerade gegenüber Anordnungen der Zollverwaltung der Rechtsweg ist, der jetzt freilich bei Zollstreitfragen leider nur in wenigen Fällen zulässig ist.

Fußangel ist dem Zentrum und den Landräthen ein Greuel. Die im Fußangel'schen Wahlkreise erscheinende „Süderländische Volkszeitung“, die für Fußangel thätig eingetreten war, erhielt folgende Zuschrift:

„Im Auftrage des Herrn Landraths Frensborg in Olpe wird Ew. Wohlgeboren hiermit untersagt, fernere amtliche Bekanntmachungen desselben in amtlicher Form in der in Ihrem Verlage erscheinenden „Süderländischen Volkszeitung“ zum Abdruck zu bringen.“

Das „Verbot“ spricht für sich selbst. Uebrigens braucht die „Süderländische Volkszeitung“ um das Verbot sich nicht zu kümmern, sündemal kein Gesetz ihr den Nachdruck amtlicher Anzeigen verwehrt. Aber der „gute Wille“ ist doch zu loben.

Für die Erstwahl im Reichstags-Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach wurde von der Zentrumspartei die Kandidatur des Amtsgerichts-Raths Wödlers in Altona Bruders des verstorbenen Abgeordneten Wödlers, festgestellt. Wödlers hatte sich schriftlich für stetige Anwesenheit im Reichstage verpflichtet und sich gegen die Militärvorlage erklärt.

Das englische Unterhaus hat gestern die zweite Lesung der Bill, betreffend die Beschränkung des Arbeitstages in den Bergwerken auf acht Stunden, mit 279 gegen 201 Stimmen angenommen. In Preußen vertheidigt der Premierminister die Regierung gegen den Pharaos Stumm, der den Verlesch und Genossen vorwirft, sie hätten den Knappentzug zu mildegelich! Was für ein wildes Land, dies britische Reichreich!

Fürchterliche Strafe. Die französische Regierung will, so meldet der „Vossischen Zeitung“ ein eigner Drahtbericht, die Marceller sozialistische Stadibehörde für ihre Haltung bei der Maifeier bestrafen, indem sie anordnet, daß General Dodds nicht in Marseille, sondern in Toulon landet und festlich empfangen wird. Nun wird die sozialistische Kommune von Marseille in Saß und Asche trauern, da offenbar ihr Verbrechen furchtbar geahndet ist. Denn daß der Operettenheld von Madagaska, General Dodds, seinen Fuß nicht auf die verruchte Cannedière setzen wird, bedeutet einen schwarzen Tag für die Marceller, die bekanntlich schon seit Santeore sich durch ihre höfische Gesinnung ausgezeichnet haben. Der Fasching nimmt kein Ende.

Die französische Polizei hat diesmal zwar nicht den Kavachol vor dem 1. Mai aufmarschiren lassen, für diese Anständigkeit hat sie sich aber durch ihr bodenlos brutales Benehmen am 1. Mai reichlich entschädigt. Alle unabhängigen französischen Blätter sind einig darin, daß gegen durchaus friedliche Personen, die sie für Mai-Demonstranten hielt, in der schwachvollsten Weise verfahren wurde. Der Abgeordnete Baubin wurde, wie wir schon gemeldet, zu Boden geworfen und mit Faustschlägen und Fußtritten traktirt. Uebrigens erging es vielen anderen, wie auch in der Kammer zur Sprache gebracht wurde. Die Regierung scheint große Angst gehabt zu haben, denn wie wir nachträglich erfahren, hatte sie das Plaster von Paris über Nacht mit Sand dick bestreuen lassen, damit die Pferde bei einem Kavallerieangriff nicht ausgleiten sollten. Zu einem Kavallerieangriff gaben die Sozialisten keine Veranlassung, dagegen wurden die guten Bürger durch den entsetzlichen Staub schwer belästigt, den diese verunglückte Staatsrettung zur Folge hatte.

Der belgische Senat beschloß, den Antrag Deconinck, welcher bezweckt, die Strafen gegen das Duell zu verschärfen, in Erwägung zu ziehen. Sobald das Duell, so wie es sich gebührt, auf eine Stufe gestellt wird

mit dem gemeinen Verbrechen des Todtschlags oder Mordmordes, und unerbittlich jeder Duellant ins Zuchthaus wandert, wird der Zweikampf aufgehoben, eine „ritterliche“ Einrichtung zu sein. So wenig uns daran gelegen ist, denn sich zwei Raufbolde im Duell die Hälse brechen, so soll doch ihre That nicht anders bewertbet werden, als die anderer Rowdies. —

Serbisches. Der Chef des serbischen Pressbureaus und Vertreter einer großen süddeutschen Zeitung, Petrovitch, flüchtete, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, am 3. Mai aus Serbien, weil angeblich gegen ihn die Verhaftung geplant wurde. Es wäre interessant, zu erfahren, was den Reptilienvater und Oberreptilien über die Grenze trieb, und was für ein deutsches Blatt der Ehrenfeste „bedient“ hat. —

Neues vom „Väterchen“. Ein Moskauer Drahtbericht des Londoner „Daily Chronicle“ besagt, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird: „Nach einer Meldung aus der Krimitinggen der Zar, die Zar in die Großfürstin Xenia mit genauer Noth dem Tode durch Ertrinken. Ihr Wagen stürzte um, während er über eine Brücke fuhr; alle Insassen wurden in den Fluß geschleudert. Dieser Unfall, sowie eine jüngst vorgekommene Missethat der Kosaken im Dongebiet, würden so geheim als möglich gehalten. Ueber den Charkower Unfall wird nun gemeldet, es sei nicht richtig, daß Bauern einen Angriff auf den kaiserlichen Zug geplant, daß es zum Zusammenstoße mit dem Militär gekommen und daß es zahlreiche Tode und Verwundete gegeben hätte. Wahr sei, daß der kaiserliche Zug am Morgen des 30. März, 92 Werst von Charkow entfernt, auf das Signal eines Bahnwächters, das überdies durch Flintenschüsse der kaiserlichen Sicherheitswache noch verstärkt wurde, plötzlich angehalten wurde. Es war ein Stück Schiene ausgerissen worden, ohne daß seltsamer Weise die die ganze Strecke bewachenden Soldaten etwas wahrgenommen hätten. Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, war die Beschädigung der Schiene so gearret, daß bei nicht rechtzeitigem Anhalten des Zuges ein großes Unglück unvermeidlich gewesen wäre. Nun ist bereits ein Monat verfloßen und die Untersuchung hat noch kein Licht in die Sache gebracht. Der Zar soll erst nachträglich von dem Vorfalle unterrichtet worden sein, der ihn außerordentlich erregt und stark und nachhaltig auf seine Stimmung eingewirkt haben soll. Der Zarismus ertheilt selbst solche ausgezeichneten praktischen Aufschauungsunterricht in Attentaten, Mordmorden und Ueberfällen, daß er sich nicht wundern darf, wenn die Unterdrückten die Lektionen einmal gegen ihn verwerthen. —

Russische Lügen. Ein Herr Kolemitch hat soeben in Paris unter dem Titel: „Alexandro III. et son entourage — Alexander der Dritte und seine Umgebung“ — ein Klatschbroschüren veröffentlicht, in welchem unter anderen Jagdgeschichten auch die aufgetischt wird, der vorige Zar — Alexander II — habe am Morgen des Tages, wo er von den Nihilisten getödtet ward, einen Ufaß, der den Russen eine Verfassung gab, unterschrieben. Durch seinen Tod sei das Inkrafttreten verhindert worden, da sein Nachfolger, der jetzige Zar, das Aktenstück sofort nach seinem Regierungsantritt zerrissen habe. Diese Erzählung, deren Moral und Tendenz auch dem kindlichsten Gemüth einleuchtet, ist natürlich eine obendrein recht alberne Erfindung. Hätte Alexander der Zweite, aus dem bejahrte Speichelleckerei einen philanthropischen Märtyrer machen will, den Versuch gehabt, die Nothwendigkeit einer Verfassung für Rußland einzusehen, so würde ihm von den Nihilisten, die ausdrücklich erklärt hatten, daß eine Verfassung, sei es auch die beschriebene, ihnen vorläufig genüge, kein Haar gekrümmt worden sein. —

Brasilien. Die Session des Kongresses von Brasilia wurde am 3. Mai wieder eröffnet. — Der Admiral Wandenhoff, welcher mit vier Kanonenbooten zur Unterstützung des Aufstandes nach Rio Grande do Sul gesandt worden ist, soll mit dem Führer der „Rebellen“ in Verbindung getreten und geneigt sein, zu denselben überzutreten. —

Die Stichwahl in Dortmund.

Lernet, ihr seid gewarnt! Das Volk hat am 3. Mai gesprochen, deutlich, zweifellos, der Kandidat der Sozialdemokratie hat die höchste Stimmengahl auf sich vereinigt. Trotz der brutalen Macht der Unternehmerrschafft, der kein Mittel im Kampfe gegen die Arbeiterpartei zu schlecht ist, haben die Unterdrückten, die Ausgebeuteten, die Opfer und Hasser des sozialen und politischen Drucks, den Vorfprung erlangt. Will die Regierung ein Zeugniß für die Stellung der Massen zur Militärvorlage? Die Dortmunder Stichwahl, mitten im Sturm und Drang des Konfliktes zwischen Militarismus und Volk, zeugt offen von dem Wunsch und Willen der Mehrheit. Dem alten Tölpel fiel die Stimmenmehrheit zu. Es hat nichts genügt, daß der Bund der vereinigten Gegner eine beispiellose politische Unanständigkeit zu inszenieren suchte in der unverkennbaren Absicht, der Sozialdemokratie, den wirtschaftlich abhängigen Proletariern das Wahlrecht zu verklümmern. Hat nicht, um dies Zeichen der Zeit noch mehr ins Gedächtniß zu rufen, das führende Organ der Volkspartei, die „Frankfurter Zeitung“ mit schmatzendem Behagen jenes Stimmzettelkartell gefeiert, daß von der Lieberkunfist die mächtige Partei, die der Arbeiter, anschließende sollte? Ein Kartell, das sogar der deutschfreisinnigen „Vossischen Zeitung“ wider den Strich ging und von ihr mit ungewohnter Lebhaftigkeit gerügt wurde. Das Ergebnis: der Volksparteiler Kohn erhielt 204, der Antifemist König 133, der Deutschfreisinnige Eichler 1796, der Centrumsmann Leising 12 030, Müller, der Erlesene des Wahlbeeinflussungs-Klingels, 14 714, Tölpel 15 374 Stimmen.

Wir geben zum besseren Verständniß der Entwicklung folgende Uebersicht der Stimmengahl:

	1887	1893
	1. Wahlg.	1. Wahlg.
Sozialdemokratie	2141	15 374
Nationalliberale	21 678	14 714
Zentrum	—	12 030
Deutschfreisinn	13 936	1 796
Volkspartei	—	204
Antifemiten	—	133

Dies bedeutet für die

Sozialdemokratie von 1887—1893 einen Zuwachs von 618 pCt.

Nationalliberale von 1887—1893 eine Abnahme von 32 pCt.

Für Centrum, Deutschfreisinn und Volkspartei können nur die Prozentzahlen 1890 und 1893 in Betracht kommen, da 1887 infolge des deutschfreisinnig-demokratisch-ultramontanen Wahlbündnisses ausscheidet. Dann stellt sich heraus, wenn wir den ersten Wahlgang von 1890 und 1893 für Sozialdemokratie und Nationalliberale, wie nothwendig, in Rechnung setzen:

	1890	1893
Sozialdemokratie	48 pCt.	25 pCt.
Nationalliberale	25 pCt.	18 pCt.
Zentrum	—	57 pCt.
Deutschfreisinn	—	84 pCt.
Volkspartei	—	81 pCt.
Antifemiten	—	—

Zahlen beweisen. So ist der „historische Knäuel“ aus dem Saal, von welchem das Hauptorgan der Volkspartei fabelt, den blürgerlichen Parteien gefährlich geworden.

Die Stimmengahl der Sozialdemokratie hat sich seit 1887 mehr als verdreifacht, die Stimmengahl der um Möller hat im gleichen Zeitraum sich um ein Drittel verringert. Von 1890 bis 1893 ist die Sozialdemokratie um beinahe die Hälfte gewachsen, die Nationalliberale erhielten einen Zuwachs um nicht ganz ein Viertel, die Centrumleute um nicht ganz ein Fünftel, die Deutschfreisinnigen sanken um drei Fünftel, die Volkspartei um mehr als vier Fünftel, die Antifemiten haben eine Abnahme um mehr als vier Fünftel zu verzeichnen. Nochmals:

Zahlen beweisen.

Die Maifeier.

Ueber den Verlauf der Feier sind uns noch folgende Nachrichten zugegangen:

Deutschland. Königsberg i. Pr. Von einer offiziellen Maifeier konnte hier nicht die Rede sein, weil kein größeres Lokal zur Verfügung stand. Trotzdem verlief die Feier großartig. Außerhalb der Stadt hatten sich ohne Bekannmachung in einem Lokal schon am Nachmittage des 1. Mai eine Anzahl Genossen mit ihren Frauen eingefunden, um den Tag in würdiger Feier zu begehen. Bis Abends 8 Uhr betrug die Zahl circa 2000, die nun begeistert zur Stadt zurückzogen. Der Zug bewegte sich, zuerst von den Gendarmen begleitet, dann von Schülern empfangen, in loser Weise durch die Stadt bis nach dem Münchhofsploße, wo Reichstagsabgeordneter Schulze ein Restaurant besitzt, in dem sowie in drei anderen kleinen Lokalen am Abend des 1. Mai Versammlungen abgehalten wurden, die schon lange vor acht Uhr Abends überfüllt waren. Alle Versammlungen wurden nach einem kurzen, der Würde des Tages entsprechenden Referate geschlossen, um den Theilnehmern Gelegenheit zu geben, die Feier mit Gleichgesinnten bei einem Glase Bier zu beschließen. In dem Schulze'schen Lokal blieb der Andrang der Festtheilnehmer der stärkste. Das Geschehen um Verlängerung der Polizeistunde war rundweg abgeschlagen worden. Um dennoch den Genossen eine längere Zeit des Beisammenseins zu ermöglichen, hatte Schulze sein Lokal um 11 Uhr geschlossen und Bier ohne Bezahlung verschänkt. Doch er hatte die Rechnung ohne die Polizisten gemacht, die gegen 11 Uhr im Namen des Gefesgeses Einlass forderten. Zwei Kommissare drangen mit noch circa 10 Schülern ins Lokal, um es zu räumen, was um so mehr Empörung hervorrief, als in mittelbarer und unmittelbarer Nähe des Schulze'schen Lokals sich eine ganze Menge von Lokalen mit „Damenbedienung“ befanden, in denen die ganze Nacht hindurch Gäste Einlass finden können und am 1. Mai Nacht zum Theil auch gefunden haben. Am 2. Mai Nachmittage war (wie prompt doch die Junge arbeitet) Schulze bereits im Besitze eines Strafmandates über 30 M. wegen Ueberschreitung der Polizeistunde. Schwerin. In einer geschlossenen Versammlung referirte Vemelburg aus Hamburg vor 500 Personen über die Bedeutung der Maifeier. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Minden i. W. Trotz der Lokalabtreiberei und sonstiger Chikanen betrug die Zahl der Festtheilnehmer noch 170. Die Feier wurde in Form einer Abendunterhaltung vorgenommen. Langendiekau i. Schl. Die Versammlung am 1. Mai war von 200 Männern und Frauen besucht; mehr vermochte das Lokal nicht zu fassen. Die Hauptfeier findet am 7. Mai statt. In einer großen Weiberei blieben am 1. Mai morgens punkt 9 Uhr fast sämtliche Stühle auf 5 Minuten stehen; von 650 gingen nur noch 25. Dem Kapitalisten wurde dadurch die Bedeutung des Fächerwortes demonstriert: Alle Häder stehen still. Mühlhausen i. Th. 300 Teilnehmer. Festredner Neustorgerling. Apolda. Glänzender Verlauf der Feier. 1000 Theilnehmer. Festredner A. Baudert. Zum erstenmal hatten die Behörden von der alten Ministerialverordnung keinen Gebrauch gemacht, wonach am 1. Mai kein Tanz stattfinden soll. Weimar. Am Auszug beteiligten sich 50 Personen, an der Abendversammlung 150. Altenburg. Feier am 30. April in zwei Lokalen. 3000 Theilnehmer, darunter viele vom Lande. 300 Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes wirkten bei den Ausführungen mit. Die Ansprache hielt Rehschke. Selbst die gegnerische Presse erkennt die Theilnahme als eine sehr bedeutende an. Der Verlauf des Festes war durchaus harmonisch. Gera. Am 1. Mai wurden 10 Volksoberversammlungen abgehalten, an die sich zum Theil musikalische Unterhaltungen schlossen. Alle Versammlungen waren gut besucht. In Gera und Deßau war der Andrang so groß, daß die Lokale überfüllt waren und viele keinen Einlass mehr finden konnten. In Jypten war ein Kompaniumang arrangirt, an den sich eine Versammlung angeschlossen. Diese war ebenfalls außerst stark besucht. Im ganzen wird die Zahl der Theilnehmer an der Kundgebung auf 4000 geschätzt. Die Stimmung war die denkbar beste, die Begeisterung sehr groß. Nächsten Sonntag findet in Beunruhigung eine große gemeinschaftliche Feier statt. Scheuditz bei Halle. Zur Maifeier veranstalteten die hiesigen Genossen am 30. April einen gut besuchten Ausflug; am 1. Mai eine noch besser besuchte Versammlung. Die Polizei war in fieberhafter Thätigkeit. Sie enternete z. B. die Koendts angelegten Plakate nach während der Nacht. Eine polizeiliche Bekannmachung machte uns sehr überflüssiger Weise darauf aufmerksam, daß Versammlungen unter freiem Himmel einer besonderen Erlaubniß bedürfen (die aber nicht ertheilt wird) und daß das Marschiren in geschlossenen Reihen diesem gleichgeachtet werde. Varg. Die vom Pfeifenklub „Vorwärts“ arrangirte Feier war zahlreich besucht. Der Ball wurde polizeilich verhindert, Bescherden dagegen wird erhoben. Kade bei Dresden. 300 Versammlungsbefucher (der Ort zählt 3000 Einwohner). Referent Krüger. Würdevoller Verlauf. Die Genossen in der Köhniß sind mit dem Ergebnis der Maifeier um so mehr zufrieden, als ebenso wie in Kadebut auch in den Orten Sersowitz und Bidenthal die größten Lokale von den Reichsdemonstranten gefüllt waren, was für die Köhniß von besonderer Bedeutung ist, weil diese für eine Hochburg der Konservativen gilt. Limbach i. S. Der Kommerz am 1. Mai war von 1000 Personen besucht. Oeyer im Erzgebirge. Der Kommerz, zu dem nur ein Restaurant zur Verfügung stand, war von

200 Personen besucht. Die Festrede hielt Demmer. Der Verlauf der Feier war vortrefflich. Rehschau i. B. 1000 Festtheilnehmer. Ref. Eckstein aus Jwidau. Vergen bei Frankfurt a. Main. 300 Theilnehmer. Festredner Hefl. Glänzender Verlauf. Die Maifeier im Park zu Reichen bei Plauen-Dresden gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration zu gunsten des Achtstundentages. 5000—6000 Personen, darunter viele Frauen, füllten den weiten Park, in dessen Mitte auf einer mit rothem Tuche überzogenen Tribüne Genosse Raden die Festrede hielt. Kein einziger Nichton trübte die Feier. Ein Vortrag des Genossen Otto-Walster im Saale wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Vom Maifestzuge zurückgekehrt, versammelten sich die Genossen und Genossinnen von Dresden-Obstau und Umgebung in den Räumen der Sambreiusbrauerei, wo Höppner einen Vortrag über die Bedeutung des Achtstundentages hielt. Der Saal war geradezu überfüllt; ca. 600 Personen waren anwesend, hunderte neuzuzuströmender mußten wieder umkehren. Auch hier nahm die Feier einen erhebenden Verlauf. Rieneburg a. d. Weser. 200 Festtheilnehmer. Stadthagen (Schaumburg-Lippe). 400 Festtheilnehmer. Referent W. Fildher. Glänzender Verlauf. Wernigerode a. Harz. Da ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung nicht zu haben, fanden sich die Genossen mit ihren Familien Abends auf dem fürzlich käuflich erworbenen Parteilokal ein und vollzogen die feierliche Grundsteinlegung zum Bau eines Versammlungssaales. Abends 9 Uhr, in dem Augenblick, wo Millionen Arbeiter vereinigt waren, ihre Maifeier zu begehen, wurde der Grundstein bei bengalischer Beleuchtung und dem Gesang des Liedes „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ in die Tiefe gesenkt. Derselbe enthält: je ein Exemplar des „Vorwärts“ vom 30. April dieses Jahres, der „Sonntags-Zeitung“ vom 30. April d. J., Maifest-Zeitung, die Mainummer des „Wahren Jakob“ und die Broschüre über die Zukunftsstaats-Debatte im Reichstage, außerdem eine kurze Schilderung über die Entwicklung der Partei am Orte seit ihrem Anfang bis zum heutigen Tag. Nachdem dieselben die Genossen noch einige Stunden gemächlich beisammen und lauschten den Vorträgen des Arbeiter-Gesangvereins. Alle trennten sich mit dem Wunsche, im nächsten Jahre in eigenen Heim eine imposante Maifeier zu veranstalten. Im 17. sächsischen Wahlkreise fanden in den letzten Tagen des April und am 1. Mai eine Reihe von Versammlungen und Festen statt, welche ausnahmslos zahlreich besucht waren und in schönster Weise verliefen. Seit 12 Jahren zum ersten Male gelang es bei dieser Gelegenheit, wieder in der Stadt Waldenburg eine Versammlung abzuhalten. Zwar ein Lokal war auch dieses Mal nicht zu haben, wohl aber gelang es, ein Stück Land zu pachten, und auf diesem sprach der Abgeordnete des Kreises, Kuer, am Sonntag, den 30. April, Nachmittags, vor ca. 1000 Mann unter großem Beifall. Am Abend desselben Tages fanden Festversammlungen in Merane, Richtenstein-Gallberg und Glauchau statt. Am leztteren Orte hielt Eckstein (Jwidau) die Festrede. Besonders glänzend verlief die Demonstration am 1. Mai. Abends, im Höhenstein-Erntthal. Sämtliche Räume des Gasthauses zur Feste waren überfüllt. Die Festrede wurde auch hier von Kuer gehalten. Die Stimmung der Genossen im ganzen Kreise ist brillant und nur ein Wunsch vorhanden: es möge zur Auflösung des Reichstages kommen.

Auch die Parteipresse hatte zur Maifeier durchweg ein festliches Gewand angelegt. Besonders geschmackvoll fiel die Mainummer des Leipziger „Wählers“ aus.

Die organisirten Buchdrucker Deutschlands verknüpften mit der Maifeier eine Sammlung für ihre Arbeitslosen, die, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, von gutem Erfolge gewesen ist.

In der Gesehesauslegung hinsichtlich der Maifeier hat die Erfurter Polizei nicht Geringes geleistet. Den Ball ließ sie nicht zu, weil die Maifeier keine Vereinsfestlichkeit sei, und die Zulassung zur Versammlung verbot sie, weil nach Ansicht des Oberbürgermeisters die Sozialdemokratische Partei, die die Feier veranstaltete, einen Verein darstelle.

Die Parteigenossen in Villingen im badischen Schwarzwald überwiegen den Uebersturz der Maifeier den durch ein großes Schandensfeuer schwer geschädigten Bewohnern des Nachbarortes Klengen. Es sind gegen 70 Häuser abgebrannt, Schule, Kirche und die beiden Wirthshäuser gleichfalls. Der ganze Ort ist ein Trümmerhaufen. Von 657 Einwohnern waren 450 obdachlos geworden. Das Feuer ist durch zwei kaum vierjährige Kinder entstanden, sie zündeten einen in der Nähe eines Hauses gelegenen Strohhofen an. Der Schaden wird auf etwa eine Million Mark geschätzt. Zum Glück sind bei dem Feuer Menschenleben nicht verloren gegangen.

Und dem Ausland wird uns noch geschrieben:

Wien. Die 5 Vormittags im Bezirk Hernals abgehaltenen Volksoberversammlungen waren von 11 500 Personen besucht. Die zur Verlesung gebrachten Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Geschlossen wurden sämtliche Versammlungen um 11 Uhr Vormittags. Alle verliefen in großer Ordnung. In dem Prater wurde von jedem Bezirk korporativ gegangen. Die Genossen mußten an zwei Kofferten vorbei, aus deren Fenstern die Soldaten mit den Mägen und Tüchern und begrüßten, was einen imposanten Eindruck machte und die Genossen zu einem Hochruf bewog. An zwei Bauten wurde die Arbeit eingestellt, wo die Leute arbeiten sollten, als sich unsere Genossen vor denselben ansammelten. Es wurde überall gefeiert. Die Bewegung war großartig.

Budapest. Die Maifeier ist hier großartig verlaufen. Fast sämtliche Fabriken waren gefeiert, die Stadt trug ein festliches Gepränge. Die zahlreichen Versammlungen waren massenhaft besucht. Da seitens des Ministeriums ein Massenunzug verboten war, begaben sich die Gemerkschaften, sowie die Mitglieder der Partei-Bezirksorganisationen in zwanglosen Gruppen zum Festplatz. Gegen 4 Uhr Nachmittags mögen ungefähr 20 000 Personen dort gewesen sein. Die zahlreiche, außerhalb des Festplatzes postirte Polizei, zu Fuß und zu Pferd, war mit scharfen Patronen ausgerüstet, hatte aber natürlich keinen Anlaß, einzufahren. Unter Musik, Gesang, Tanz und dionysischen Spielen vergingen den Theilnehmern die wenigen Stunden im Fluge. Abends 8 Uhr war Schluß der offiziellen Feier und ohne die geringste Unordnung zerstreute sich die kolossale Menschenmenge. — An dem von der „Opposition“ veranstalteten Feste nahmen etwa 1200 Personen theil, da von dieser Seite gegen die Arbeitstruhe agitirt worden war.

Temesvar. Vormittags fand eine Sozialistenversammlung statt, Nachmittags veranstalteten die Arbeiter im nahen Jagdwald ein Volksfest.

In Preßburg feierten die Arbeiter in vielen Fabriken, ebenso fast alle Banarbeiter. Mittags fand ein großes Arbeitermeeting statt. Nachmittags veranstalteten die Arbeiter einen Massenauflug ins Gebirge.

In Kaschau wurde der 1. Mai gleichfalls gefeiert. Die Demonstrationen verliefen in ruhiger Weise. Die Geübten trugen rote Kokarden und durchzogen in kleineren Gruppen die Stadt. An der Spitze einzelner Hüge schritten Musikapellen.

Ugram in Kroatien. Noch nie eine solche großartige Feier wie diesmal. Die Versammlung war von 1500 Personen besucht, am Aufzuge nahmen 8000 theil. Vom Lande kam eine Bauerndeputation.

Gafel. Am 1. Mai glänzender Umzug durch die Straßen der Stadt. Theilnehmerzahl 1500—2000. Festredner Großrath Arnold. Das Fest fand in der Burgvogelhalle statt. Beim Maifeier-Komitee für die Schweiz meldeten 21 Ortschaften ihre Theilnahme an der Feier an.

(Schluß folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 5. Mai.
Opernhaus. Der Rheingold.
Neues Theater. Narkiss.
Deutsches Theater. Der Tallsmann.
Berliner Theater. Uriel Acosta.
Leipzig-Theater. Brave Leut' vom Grund.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Proll's Theater. Gute Nacht, Herr Pantalon. Cavalleria rusticana.
Kesdens - Theater. Die Sirene. (La Flamboyante.)
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die schöne Helena. Stupia.
Thomas-Theater. Gute Zeugnisse
 Hieraus: Wenn man im Dunkeln lüft.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Michael Servet, oder: Der Kampf um den Glauben.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Lene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.
 Sonntag, 14. Mai, I. Abtheilung:
 „Der Nächste“, von Dr. Fr. Lange.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 88. Male:
Goldlotte.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
 Complet's theilweise v. G. Göras.
 Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Der Sommer-Garten ist eröffnet.

Passage-Panopticum.
 Im Theater-Saal:
Neu!
 Lebende Bilder.

Castan's Panopticum.
 Neu:
Bauern-Aufstand!
Akka - Zwerginnen.
 Neue Musik: Lotoblume.
 Andere Musik.
 Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Neu! Die lustige Neu!
Schwiegermutter.
 Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
 Aufgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio**, sowie Auftreten von
12
 i. Berlin neuen Spezialitäten.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Moabiters Gesellschaftshaus.
 Alt-Moabit 80 und 81.
 Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
 Anfang 4 Uhr.
 Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf.
 4127L*
Helmuth Peters.

Albert Friede's Tanz-Institut.
 Neue Unterrichtskurse beginnen für Contre, Quadrille, sowie sämtliche Rundtänze. Honorar für Herren 6 M., Damen unentgeltlich. Anmeldungen erbeten Sonntags Nachm. 2 1/2 Uhr, Mittwoch Abends 8 1/2 Uhr im Institut.
 Alb. Fricke, Tanzlehrer, Albalberstr. 53.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 Andraasstr. 23. 50

Norddeutsche Brauerei.

53. Chaussee - Strasse 53.
 Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
 Bei günstiger Witterung im Saal.
 Die neu eingerichtete Kaffee-Küche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: Instrumental-Concert.
 Großer Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Concert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Rheinländischer Tunnel
 genannt: Die fidele Jagelkiste.
 Berlin N, Elsasserstrasse 73.
Neu! Neu!
Die Möbel-Polonaise!
 oder: 4070L*
Weber hat'n Feber, an de Lunge, an de Junge, an de Feber!
 Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“.
 Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei“ à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n h).
 (Notiz: Mang uns mang is leener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Ritter-Vortrag
 zu Festlichkeiten. Auch Unterricht.
 R. Seyden,
 Moabit,
 Havelbergerstr. 81.
 41438*

Ich mache hiermit bekannt, daß mein Mann, unser Vater **Fritz Gläser** am Sonntag Nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Buttmanstr. 2 nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde beerdigt wird. 8785b Familie Gläser.

Dankagung. 8727b
 Für die zahlreiche Theilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Karl Jeremi** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen, dem Fachverein und dem deutschen Tischlerverband meinen besten Dank.
Die trauernde Wittve.

Dankagung. 41449
 Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme während der Krankheit und bei Beerdigung meiner lieben Frau **Auguste Schrepffer** spreche ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen besten Dank aus.
 Berber a. D., den 3. Mai 1893.
W. Schrepffer,
 im Namen der Hinterbliebenen.

Erklärung.
 Die von mir gegen die Arbeiter **Ewald Lorigas**, Bismannstr. 27, und **Otto Ramlar**, Schlosser, Urbanstr. 85, in Nr. 85 dieser Zeitung unter der Ueberschrift „Warnung“ veröffentlichte Erklärung nehme ich hiermit zurück. Beide vorgenannten Personen haben dem Verein gegenüber keine Verpflchtungen mehr. 8782b
Gesangsverein „Sängerkette“
 (Mitglied des Arb.-Sängerbundes.)
 P. Zeitsch.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 8800L*
 am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Nachtigallen schlagend.
 6 Mark.
Schnelle, Skalitzerstr. 182.

Industrie für
Metall-Sohlen und Absätze
 Z. D. R.-P. No. 64991.



Große Ersparniß
 für jede Familie bei Benutzung der geschützten **Metall-Sohlen und Absätze**, da diese die Abnutzung der Leder-Sohlen und Absätze verhindern. [211M*]
Die Sohlen sind
 elastisch wie Leder, leichter als Leder, billiger als Leder, machen Doppelsohlen unnöthig, lassen keine Blässe durch, sind leicht und schnell aufzuliegen; geräuschloser und sicherer Gang wie auf Ledersohlen.
Einzelne Paar Männersohlen und Absätze zur Probe M. 1,25
 gegen vorherige Einfindung des Feinsgras.
 Größe und Form der Sohlen ist anzugeben. Schuhmacher und Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt und werden solche in allen Städten gesucht.
Industrie für Metall-Sohlen und -Absätze
 Berlin NW., Waldstraße 43.
Depositäre in Berlin und Charlottenburg:
 W. Unsig, Schuhmacher, C., Rosenfelderstraße 53.
 F. R. Suter Nachf., N., Brunnenstraße 192.
 E. Sonnenbrodt, N., Müllerstraße 182.
 Eduard Stango, N., Chausseestraße 98.
 Gustav Wendt, N., Invalidenstraße 19.
 Berliner Schuh- u. Stiefelfabrik (S. Selbiger), O., Landsbergerstraße 40, und Landsbergerstraße 42.
 Ed. Pittaok, O., Gr. Frankfurterstraße 92.
 L. Spar, Schuhmacher, O., Weberstraße 84.
 J. Lesser jun., Lederhandlung, O., Gr. Frankfurterstr. 107.
 B. Heydrich, SO., Oranienstr. 9.
 Oskar Moritz, SO., Oranienstraße 29.
 Otto Paalzow, SO., Köpenickerstraße 126.
 C. F. Barkow, S., Dreßdenerstraße 71.
 L. Brandt, Schuhmacher, SW., Blücherstraße 56.
 A. Loewenthal, Lederhandlung, SW., Mariendorferstraße 13.
 Schuhwaaren-Fabrik „Fortuna“, Moritz Neustadt, SW., Friedrichstraße 15.
 B. Sypnowski, Schuhmacher, SW., Simeonstrasse 25.
 Moritz Hammerstein, W., Passageweg 81.
 W. Escher's Wwa., NW., (Moabit), Thurmstraße 15.
 A. W. Gericke Nachf., NW., Alt-Moabit 13 und Thurmstr. 46.
Charlottenburg:
 Georg Ringleb, Schuhmacher, Wilmerdorferstraße 112.
 H. Weber, Berlinerstr. 99.

„Zum Prophet.“
 Welthaus
 fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
 I. Am Dönhoffplatz. I. Etage.
 Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.
Wir offeriren nur noch kurze Zeit
 aus dem von uns erworbenen Hamburger Lager, bestehend in
fertiger Herren- und Knaben-Garderobe:

Partie I.	früh. 22 M., jezt von 8 M. an.
Cheviot-Anzüge	28 " " " 13 " "
Erimittsch. do.	34 " " " 18 " "
Kammgarn-Anzüge	50 " " " 29 " "
Gehrock-Façon do.	
Partie II.	früh. 20 M., jezt von 8 M. an.
Frühjahrs-Paletots	29 " " " 13 " "
do. ans fr. Tuch	38 " " " 27 " "
do. hochlegant	21 " " " 7 1/2 " "
Sommer-Paletots	36 " " " 19 " "
do. extra	
Partie III.	früh. 28 M., jezt von 8 M. an.
Partie IV.	früh. 7 M., jezt von 3 M. an.
Tuchhosen	14 " " " 5 1/2 " "
schwarze Hosen	20 " " " 7 1/2 " "
Louveau do.	
Partie V.	früh. 3 M., jezt von 1 1/2 M. an.
Westen	6 " " " 1 1/2 " "
weiche do.	12 " " " 3 " "
hochlegante do.	
Partie VI.	früh. 4 M., jezt von 1 M. an.
Knaben-Anzüge	5 1/2 " " " 3 " "
do. in Cheviot	10 " " " 5 " "
do. Louveau	früh. 9 M., jezt von 4 M. an.
Gurfschen-Anzüge	10 " " " 5 1/4 " "
do. in Cheviot	18 " " " 8 " "
do. hochfein	früh. 15 M., jezt von 6 M. an.
Jünglings-Anzüge	19 " " " 8 " "
do. in Cheviot	24 " " " 11 " "
do. Kammgarn	früh. 6 1/2 M., jezt von 2 M. an.
Knaben-Paletots	12 " " " 5 " "
Gurfschen-Paletots	15 " " " 7 " "
Jünglings-Paletots	

Schlafrocke in großartiger Auswahl von 6 Mark an.
 Die Platon-Gebst und Jaspelrocken sind angewiesen, darauf zu achten, daß Jedermann aus's Beste und Billigste bedient wird.
Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Möbel- und Polsterwaaren-Magazin
 von **Aug. Boddin,** 8488b
 88 Goltbuser Damm 88 (früher Reichenbergerstraße 9).

Oranien-Bad
 Oranienstrasse 44.
 Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.
Dampfkasten-Bäder.
 Einpudung und Massage.
 Leitungswasser. 8719L*

Bitte lesen Sie!
 Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichh. Lager von ca. 1000 Sommer Paletots, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen etc. Ferner Hüten, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise- u. Holzbocker, Waschkessel etc. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
 Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 8788L*
127 Skalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Bruchbänder,
 chirurg. Gummivaaren, Gummi-Strümpfe, Geradehalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc. Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Polimann, gepr. Bandagist,
 Berlin, 30 Lindenstrasse 30.
 Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.

Bettfedern, dreifach gereinigte, neue, vorzüglich
 füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. Halbdannen Pf. 1.10. Halbdannen, Silberhell, Pf. 1.80. Dannen von vorzügl. Füllkraft 3 Pf. genügen zum größten Oberbett) Pf. 2.75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack,**
 Oranienstr. 61, am Moritzplatz. [3775L*]
Alte Stiefel für H. u. Damen vert. Lohmann, Linienstr. 6.

Verband d. Bau-Arbeiter
 und Berufsgenossen. D.
 Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 7. Mai 1893, Vorm. 11 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29,
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1893. 4. Verbandangelegenheiten. 404/9

Sophastoff-Reste
 in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Sobelin, Plüsch und bunten Morquets spottbillig!
Proben franco!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Vert. reell u. billig.
Runge, Tauentzstr. 2. 8781b*
 Nachtigallen 5 M., Finen, Perchen, Stieglitze 1.50 M., Zeigle 1 M. 8729b
 Invalidenstr. 7.
 Sopha verkauft Wittstock, Reichenbergerstraße 181, 8729b

Kleine Wohnung sofort, billig. 8725b
 Manteuffelstr. 51, 2 Tr.
 Ein junger Mensch von 15-17 Jahren, der auf dem Wasser Beschäftigung, wird verlangt. 8724b
 H. Prener, Brauerei Stralau.
 Einen Schlosserlehrling verlangt 8730b
 Skalitzerstr. 7.
 Ein tüchtiger Glaschneider-Maler findet sofort dauernde Beschäftigung. 80 M. Wochenlohn, bei Ad. Berger, Maler, Hamburg, Al. Reichenstr. 1.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom 4. Mai 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Caprivi, von Bütticher, von Marschall, von Kallenborn, Hollmann, vom Haag, von Hohenthal, von der Planitz, Schott von Schottenstein.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird fortgesetzt mit der gestern abgebrochenen Beratung des § 1 und der dazu gestellten Anträge Altbaus, Graf Preysing und von Huene, wozu heute noch ein neuer Antrag des Abg. Wiffert getreten ist, welcher in den Antrag Huene die Bestimmung über die Verfassungsänderung bezüglich der zweijährigen Dienstzeit einschalten will und der außerdem dem Antrag von Huene hinzuzufügen will: „Vom 1. Januar 1899 ab wird der Gesamtsatz des deutschen Heeres wie alle übrigen Posten des Reichshaushalts-Gesetzes jährlich festgesetzt.“

Abg. Richter (Df.): Ich werde meine Bemerkungen auf den Antrag von Huene beschränken, denn nachdem der Reichskanzler im Namen der preussischen und der Reichsregierung die Annahme des Antrages von Huene befürwortet hat, kommt die Regierungsvorlage kaum in Frage. Der Antrag von Huene will die zweijährige Dienstzeit nicht wie wir dauernd, sondern nur für 5 Jahre feststellen. Man meint, nach 5 Jahren könne die zweijährige Dienstzeit nicht mehr beseitigt werden; warum setzt man sie denn nicht gleich dauernd fest und giebt dadurch der Regierung die Handhabe, nach 5 Jahren wieder etwas anderes zu verlangen? Die Kadrez bleiben aber nach dem Antrage von Huene bestehen auch nach dem Ablauf der fünf Jahre, sogar die halben Bataillone, die doch nur für die zweijährige Dienstzeit berechnet sind, bleiben bestehen. Der Dienstpflichtige, der ein Jahr vor Ablauf des Quinquennats eintritt, hat keine Sicherheit mehr, daß er nach dem zweiten Dienstjahre entlassen wird. Das läßt um so mehr ins Gewicht, als nach dem Antrage Huene die zweijährige Dienstzeit erst 1894 in Kraft treten soll. Der Antrag Huene will die Präsenzstärke für fünf Jahre festsetzen, unser Antrag nur für 1 1/2 Jahre. Der Antrag Huene geht viel weiter als der aus der Kommission bekannte Antrag v. Bennigsen, er bewilligt 1/2 der ganzen Regierungsvorlage, und wenn man die Veränderung des Präsenzbegriffes dazu in Rechnung zieht, die Substituierung der Durchschnittsstärke an Stelle der Maximalstärke, so umfaßt er eine Bewilligung von 7/8 der Vorlage. Der Bericht der Regierung auf die Ersetzung manquirender Unteroffiziere durch Gemeine ist nur ein vorübergehender. Man hat sehr viel Bedenken von den Verhandlungen über diesen Antrag gemacht. Indessen wer die offizielle Presse aufmerksam liest, weiß, daß schon vor Ostern diese Gedanken vertreten wurden. Was Herr v. Huene vertritt, ist nicht sein eigener Gedanke, Herr v. Huene ist in der Wilhelmstraße durch offene Thüren gegangen. Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Art, wie der Reichskanzler die Kommissions-Verhandlungen vorgeführt und kritisiert hat. Man könnte den Eindruck gewinnen, als ob die Kommissions-Verhandlungen behanden hätten in dem Austausch allgemeiner Schlagworte über Militarismus, Militärsystem u. s. w. Solche Worte können einzeln gefallen sein, ich erinnere mich derselben nicht. Jedemfalls habe ich mich daran nicht beteiligt. Niemals sind so eingehende Verhandlungen gewesen wie in diesem Jahre. Der Referent hat einen so ausgezeichneten Bericht geliefert, wie wir sonst nicht in unseren Reichstagsdebatten finden; ein solcher Bericht wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kommissionsverhandlungen nur deklamatorische Übungen gewesen wären. Der Reichskanzler hat die Autorität der militärischen Sachverständigen in einer Weise in den Vordergrund gestellt, wie er es selbst früher nicht gethan hat und vor ihm kein Kriegsminister. Das ist die Negation des Parlamentarismus und der Volksvertretung überhaupt. (Sehr wahr! links.) Was hat denn neben solchen Autoritäten die Volksvertretung noch für eine Bedeutung. (Sehr wahr links.) Dann müßte für die Entscheidung über die Stroparagraphen nur der Richter, über das Sengewehr nur der Arzt, über die Kirchenfrage die Geistlichkeit und über die Schule der Lehrer allein maßgebend sein. Das Parlament hätte sich überall der Autorität der Fachmänner zu beugen und höchstens ein Gutachten über die Steuern abzugeben, welche zur Deckung der Ausgaben dienen sollen. Oder sollen dafür etwa Kollegien von Steuerbeamten eingesetzt werden? Ein öffentliches Gemeinwesen hat eine große Reihe von Aufgaben mit begrenzten Mitteln zu erfüllen. Deshalb kommt es darauf an, die verfügbaren Mittel zu verteilen. Dazu sind die Berufstreue an und für sich nicht geeignet, weil jeder Berufsmann einer Einseitigkeit unterworfen ist (Sehr richtig! links) und diese Einseitigkeit tritt am meisten da hervor, wo die Autorität im eigenen Berufe am stärksten entwickelt ist. Der Reichskanzler meint, der Staat muß erhalten werden durch das Militär. Wer unser leichtes Militärwesen nicht kennt, müßte nach der Rede des Reichskanzlers annehmen, daß es jetzt erst gelte, eine Armee zu schaffen. Genau solche Anschauungen treten in den Kriegsbildern des Reichskanzlers hervor, als ob das Deutschland jetzt zu vergleichen wäre mit dem kleinen Preußen aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, welches sich der Uebermacht Frankreichs nicht erwehren konnte, oder als ob die jetzige Reichsarmee zu vergleichen wäre mit der Reihensarmee des weitland heiligen römischen Reichs im 17. Jahrhundert. Die Rede ist wohl mehr für das Land berechnet, nicht für den Reichstag. Seit 1872 sind 12 1/2 Milliarden für das Heer verwendet worden und die deutsche Armee ist heute dreimal so stark wie 1870. Mit dem Material, welches beschafft ist zur Erleichterung der Operationen, kann das Material von 1870 kaum verglichen werden. Die Marine ist seitdem vervierfacht worden, säßig nicht bloß die Kosten zu schätzen, sondern auch zur Offensive überzugehen. Damals standen wir isolirt, heute können wir in einen Krieg nach zwei Fronten nur gelangen, indem wir die Stütze eines Dreiebundes für uns haben. Wenn die Vorlage für die Zukunft unsere Macht stärkt, so müßten unsere Gegner jetzt sofort, ehe die Vorlage durchgeführt ist, über uns herfallen; aber die Gefahr ist nicht vorhanden, sonst hätte der Reichskanzler selbst uns nicht als schwach hingestellt. Das Ausland weiß das auch sehr gut. So sprechen die Kriegsminister immer, wenn es gilt, eine neue Vorlage durchzuführen. Die Vorlage hat ja ihre Bedeutung nicht bloß in der Erhöhung der Präsenzstärke, sondern in der Inauguration einer neuen Militärvollmacht. Seit 1888 wurden die Anforderungen für Militär und Marine sehr erheblich gesteigert. Diese Anschauung findet ihren Ausdruck in der Offensive, von der der Reichskanzler gestern gesprochen hat. Für jede Steigerung wird man immer anführen können: je mehr Soldaten, desto besser, desto erfolgreicher die Offensive. Mit diesen Gründen kann man nach zwei ehenförmige Vorlagen rechtfertigen. Wir haben ja schon gehört, daß nicht bloß die 25 pSt. Lauglichen zur Ausführung dieser Vorlage vorhanden sind, sondern noch weitere 50 pSt., sodaß die Präsenzstärke nicht um 80 000, sondern um 240 000 Mann erhöht werden könnte. Die Musterungsbehörden haben zu gut gearbeitet nach der neuen Instruktion. Dadurch wird der ganzen Beweisführung der Boden entzogen.

Die Rede des Reichskanzlers verschmähte den Rechenstift; sie enthielt nur allgemeine Wendungen und paßt auf jede Vorlage, mochte sie eine Erhöhung von 30 000 oder 70 000 Mann verlangen, oder auch nur eine Bewilligung auf sieben Jahre. Der Reichskanzler thut so, als wenn wir für Kulturaufgaben Geld in Hülle und Fülle hätten; aber Herr v. Bennigsen hat schon in der Kommission erklärt, daß Deutschland beschämend in dieser Beziehung zurückstehen müsse. Wie schlecht ist es mit dem gewerblichen Unterrichtsweisen in Preußen bestellt! Die Unterstützung für die Fortbildungsschulen müßte um 44 000 M. gekürzt werden, weil die Mittel dazu sich nicht fanden im preussischen Etat; ein Mangel an Richtern besteht, weil man eine halbe Million nicht hat. Und da stant uns der Reichskanzler auf, bei dieser Vorlage den Rechenstift aus der Hand zu lassen und nur nach den großen Gesichtspunkten zu urtheilen. Stehen alle diese Kulturaufgaben nicht auch im Zusammenhang mit der Wehrkraft des Landes? Verhüt die Wehrkraft bloß auf der Zahl der ausgehobenen Rekruten und nicht auf dem Produkt der gesammelten materiellen und ideellen Kräfte des Landes? Herr von Huene deutete an, daß der Patriotismus sich nur mit dem Stöcke in der Hand verteidige. Was nützt dem Patrioten das Gewehr, wenn er keine Kleider, keine Schuhe und nichts zu essen hat. (Unruhe rechts.) Das beweist, daß das Bild des Herrn von Huene ein falsches ist, als wenn diese Vorlage erst den Stock in ein Gewehr verwandelt. Der Reichskanzler hat eine Einlage gemacht in bezug auf die freisinnige Partei, als wenn wir in bezug auf die zweijährige Dienstzeit unser Programm verleugnen. Wir haben aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit keinen Grund bergewonnen, die Präsenzstärke herabzumindern. Wir wollen auch die Wehrkosten der zweijährigen Dienstzeit bewilligen, aber man verbindet damit Gesichtspunkte, die wir niemals gehabt haben. Wir wollen die zweijährige Dienstzeit zur Entlastung des Volkes, nicht aus militärischen Gesichtspunkten. Die Belastung des Volkes ist nach dem Antrage von Huene doppelt so stark, als die Entlastung durch die zweijährige Dienstzeit. Wir würden durch die Annahme dieser besprochenen zweijährigen Dienstzeit unseren Standpunkt diskreditieren. Wir sind außerdem bereit, die Ersatzreserve in ihrer bisherigen Einrichtung zu erhalten. Warum soll das mit einem Mal so werthlos sein, wenn in Rußland und Frankreich die Leute in kurzer Zeit ausgebildet werden. Wenn man die Ersatzreserve außer Rechnung läßt, bringt der Antrag von Huene eine Vermehrung der Rekrutenzahl von 36 000, unser Antrag eine solche von 25 000 Mann. Das ist der ganze Unterschied, und darauf soll die Zukunft und die Existenz des Deutschen Reiches beruhen! Die Kommissionsverhandlungen haben es ja ergeben, daß die Vorlage gar nicht bezweckt, die Kriegsbereitschaft zu vermehren; es wird nur die Kriegsbereitschaft im Frieden verstärkt. Wenn Rußlands Armee mit 900 000 Mann auch nicht bloß auf dem Papier stehen sollte, was bedeutet das bei einem Lande, das 9/10, mal so groß ist als Deutschland? Frankreichs Friedensstärke ist auf 498 000 Mann getiegen, während unsere sich auf 438 000 Mann erhoben hat. Tritt an die Stelle der Maximalstärke die Durchschnittsstärke, so kommen wir schon über die französische Präsenz hinaus. Der General Verdy hat 1890 noch erklärt, daß wir einen Kampf mit Frankreich nicht zu scheuen brauchten. Jede Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne Erhöhung der Friedenspräsenz soll nach dem Reichskanzler der Uebergang zum Militärsystem sein. Die früheren Kriegsminister sahen in der zweijährigen Dienstzeit, ja in der Bewilligung auf nur 3 Jahre statt auf 7 Jahre schon das Militärsystem. Was heißt denn das: Militärsystem? Das ist eben ein Schlagwort wie Militarismus. Die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit kann erleichtert werden, wenn die Abkommandierungen außerhalb der Truppen aufhören oder eingeschränkt werden. Für die Herabsetzung der Zahl der Oekonomienhandwerker bin ich zuerst in der Kommission eingetreten. Also selbst ein so blinder Baie wie ich kann einmal ein Korn finden, das für einen Generalstabschef schmachhaft ist. Warum will man nicht eine Einschränkung der Verwendung der Soldaten für nicht militärische Zwecke versuchen? Der Reichskanzler hat sich auf die hervorragenden volkswirtschaftlichen Gelehrten berufen. Es scheint auch eine volkswirtschaftliche Abtheilung in der offiziellen Organisation zu geben. Daß in Oesterreich, Italien und Rußland die Militärlagen erheblich geringer sind als bei uns, darüber schweigt man. Man verweist immer auf Frankreich und England. Wir bringen schon mehrere Duzende von Millionen für die Armee mehr auf als Frankreich? Für die Marine wird allerdings in Frankreich mehr ausgegeben; das ist natürlich nach der ganzen Konfiguration des Landes. Sollen die Verhältnisse Frankreichs maßgebend sein für Deutschland, wo doppelt so viel Kinder geboren werden als in Frankreich. Für die deutsche Armee wird mehr ausgegeben als in England für Arme und Flotte zusammen. In England herrscht das Werbepflicht, welches dem Lande nicht so viele persönlichen Opfer auferlegt. Aber auf solche Dinge nehmen die Offiziere in ihrer Zahlenmuth keine Rücksicht. Die Finanzen des Reichs stehen schlecht, und die Ausgaben wachsen; sind uns doch die Neuformungen der Marine für fünf neue Panzerschiffe mit einem Kostenbetrage von hundert Millionen Mark schon angemeldet worden. Der Antrag Huene verlangt 45 Millionen Mark Mehrausgaben sofort, wozu später noch Ausgaben für Pensionen, Kasernen u. s. w. treten. Wo soll das alles hinaus! Und angesichts solcher Verhältnisse hat der Reichskanzler die Deckungsfrage so cavaliermäßig behandelt, wie sie cavaliermäßiger garnicht behandelt werden kann. Und dabei haben die jetzt vorgelegten Steuervorlagen gar keine Aussicht auf Annahme. Freilich, der Reichskanzler meinte, er nähme auch andere Steuern. Ja, das glaube ich wohl, wenn sich der Reichstag dazu findet, dann werden alle Monopole, welche früher ausgetaucht sind, sofort wieder aufzutreten. Das Finanzprogramm des Herrn von Huene als zukünftigen Reichsfinanzetat war sehr wenig zufriedenstellend; er sprach von Luxussteuern und von Aenderung der Tabaksteuer, womit er so leichtlich eine neue Beunruhigung in das Volk warf. Herr v. Huene sprach von einer Erhöhung der Matrikularbeiträge, die durch eine Erhöhung der Einkommensteuer gedeckt werden könne. Wie denkt denn der Kollege Miquel darüber? (Große Heiterkeit.) Drei Jahre hintereinander sind Defizits von je 50 Millionen in Preußen entstanden; das war seit Menschengedenken nicht der Fall. In Preußen ist die Einkommensteuer um 40 Millionen Mark erhöht worden, aber trotz der vermehrten Kunstfertigkeit der Einschätzungsoeffizien ist jetzt schon ein Rückschlag eingetreten. Will Herr von Huene die Aufhebung der Grundsteuer suspendiren zur Deckung der Militärausgaben? Oder will er wenigstens den Betrag dafür verwenden, der auf die Waagebeile entfällt. Ich wünsche, daß die Deckungsfrage in dieser Vorlage selbst erledigt würde, daß man dies nicht besonderen Steuervorlagen überließe. Die Lasten der Militärvorlage fallen hauptsächlich auf die ärmeren Klassen. Es würde nichts gerechtfertigter sein, als die Kosten dieser Vorlage den wohlhabenden Klassen aufzulegen, welche nicht persönlich von der Militärvorlage betroffen werden. Wenn alle Personen mit mehr als 10 000 M. Einkommen dazu herangezogen würden, so würde in Preußen zur Deckung der Ausgaben eine Erhöhung der Einkommensteuer um 60 pSt. notwendig sein. Hätte man den Herren Kommerzienräthen und Direktoren, die sich im Gärzgenich in Köln begeißert haben für die Militärs-

vorlage, diese Steuererhöhung vorgehalten, ihre Begeisterung würde sich sehr bedenklich abgelähnt haben. Der Reichskanzler dankte den Konservativen für ihre Begeisterung zur Vorlage. Die Konservativen wollten die Erhöhung der Pensionen und die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit. Diese Bereitwilligkeit, dem Volke Lasten aufzuerlegen, würde vielmehr Anerkennung finden, wenn Sie die Lasten dem Großgrundbesitz auferlegen wollten. Aber Sie sind ja nicht einmal bereit, die Liebesgabe für die Brenner Lagen zu lassen (Lachen rechts) um ein Viertel. Wo war da die Opferwilligkeit? Opfern Sie doch die 40 Millionen Liebesgabe, wenn es sich um die Ehre, das Laufen und die Zukunft Deutschlands handelt. (Zustimmung links.) Legen Sie doch dieses Opfer auf dem Altar des Vaterlandes nieder, dann werden wir vielleicht bereit sein, etwas weiter entgegenzukommen. Gerade jetzt, wo das Volk mehr belastet werden soll, wird von Ihnen (rechts) ein Bund zur Vertheuerung der Lebensmittel geistert. (Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler sprach von dem Verkehrsleben; man werde nach Bewilligung der Vorlage nicht mehr nach dem politischen Weitergange zu sehen brauchen. Wer im Verkehrsleben steht, den tröstet nicht die schneidige Offenheit und die schnelle Beendigung des Krieges, den beunruhigt jede Störung, schon die Möglichkeit eines Krieges. Man wird auch nach Annahme der Vorlage das politische Weiter beobachten müssen. Vor der fortgesetzten Beunruhigung in Friedenszeiten, vor der fortgesetzten Ausverwerfung neuer Steuerfragen u. s. w. müßte das Erwerbsleben geschädigt werden; solche Beunruhigungen erschüttern die Unternehmungslust und das Vertrauen der einzelnen. Die Unzufriedenheit ist nicht gegründet auf dem Pessimismus, sondern darauf, daß die Illusionen, welche man mit der Begründung des Deutschen Reiches verband, zerstört worden sind, daß das Reich sich immer mehr präsentirt in der Form der Vermehrung der Steuern und Soldaten. Der Eindruck, den die Ablehnung der Vorlage im Auslande machen würde, geht uns wohl nichts an. Wir sollten mehr darauf sehen, welchen Eindruck die Sache im Inlande macht. Der große Unbekannte ist wieder ausgelacht. Es ist allerdings sehr bequem, sich an der Macht Deutschlands von außen zu erfreuen, wenn man zu den Lasten desselben nicht beizutragen braucht. (Sehr wahr! links.) Das Ansehen des Deutschen Reichstages würde bei den Wählern nicht erhöht werden, wenn der Antrag von Huene zur Annahme gelangte. Bei der ersten Lesung stand Herr von Stumm allein mit einem kleinen Häuflein seiner Parteigenossen. Seitdem hat sich nichts gebessert, die finanzielle Lage hat sich höchstens verschlechtert. Noch im Herbst wurde der Antrag von Bennigsen für unannehmbar erklärt von einer großen Mehrheit, und jetzt soll der Antrag Huene annehmbar sein? Das wird man sich im Volke nicht erklären können aus der Sache; da wird man andere Dinge dahinter vermuten. Herr v. Huene selbst erklärte, daß er nie geglaubt hätte, so weit in seinen Bewilligungen zu kommen. Er hat eben den ganzen Fanatismus eines Neubefehnten bewiesen. Er hat vor dem Konflikt gewarnt. Was heißt denn das, Herr Freiherr v. Huene? Wenn der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch macht, so hat eine Maßnahme zu unterbleiben, die man beabsichtigt hat. Wenn man da vom Konflikt spricht, so kann das nur bedeuten, daß Macht vor Recht gehen soll, daß die Revolution von oben eingeführt wird. Gott schühe die Regierung vor ihren Freunden, besonders vor dem Freiherrn v. Huene (Zustimmung und Heiterkeit), der die Revolution von oben her befürwortet. Ein Reichstag, der sich durch solche Drohungen einschüchtern läßt, der auf sein Recht verzichte, wäre nicht werth, dieses Recht jemals befehlen zu haben. Meine Freunde haben die Ueberzeugung, daß sie niemals patriotischer gehandelt haben als gerade in diesem Augenblick (Widerspruch rechts; Zustimmung links), indem sie den Antrag Huene ablehnen und damit die militärischen Interessen zu vereinbaren suchen mit der notwendigen Schonung der Interessen des Volkes. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Redner hat Ausführungen vorgebracht, die wir früher schon gehört haben. Ich glaube nicht, daß durch keine oratorische Trümpfe jemand zu überzeugen ist. Der Redner hat gesagt: Gott schühe die Regierung vor ihren Freunden, namentlich vor Herrn von Huene. Es gehört mehr Fruth dazu, daß Herr von Huene gegenüber seinen politischen Freunden die geistige Rede gehalten hat, als daß Herr Richter seine heutige Rede hielt. (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter hat die Geschicklichkeit, das nicht zu hören, was er nicht hören will. Er fragt, was ist Militärsystem; er spricht von der Ersatzreserve, welche der Kriegsminister von Verdy beibehalten wollte. Verdy wollte aber die dreijährige Dienstzeit beibehalten, weil das Ausbildungspersonal zu sehr erschöpft sein würde, als daß es neben der regelmäßigen Ausbildung auch die Ausbildung der Ersatzreserve vornehmen könnte. Der Redner urtheilt abfällig über die Offensive; er tadelt meine Verweisung auf die früheren ständlichen Ueberschweimmungen. Wenn der Feind Landestheile okkupirt, verlieren wir die Steuern, Handel und Wandel stehen dort still. Bei der Kriegführung im eigenen Lande können wir nicht anders verfahren, als in Feindesland. Wenn wir auch in Frankreich sehr human verfahren sind, wir müssen die Mannschaften unterbringen und Nahrungsmittel für sie requiriren, wir müßten Kunstbauten zerstören und Werke vernichten, die wiederherzustellen lange Jahre dauern würde. Ich verzichte auf die nähere Ausführung. Ich will nur Ihnen ans Herz legen, daß der Krieg im eigenen Lande etwas Schweres ist. Das kann man nur verhindern, wenn man die Offensive ergreift. Der Redner hat eine glänzende Gabe, zu reden und zu rechnen, wenn auch ab und an ein Irrthum unterläuft. (Sehr richtig! rechts.) Seit 1888 soll sich eine neue militärische Bewegung bemerkbar gemacht haben. Dazu müßten Graf Roltke und Fürst Bismarck mitgewirkt haben, es müßte also doch kein Bruch mit der Tradition vorliegen. In einer Familie, die so pietätvoll gegenüber ihren Vorfahren verfahren, dürfte ein solcher Bruch auch nicht so leicht vorkommen. Auf die Deckungsfrage bin ich nicht eingegangen, weil ich mir sagte, daß der Abg. Richter mit seinem großen Einfluß das Scheitern der Vorlage herbeiführen wird, dann brauche ich mir den Kopf nicht zu zerbrechen. Daß England mit der Arme billiger wirtschaftet als wir, wird Herr Richter erst noch zu beweisen haben. Auf den Kopf kommen heraus in Preußen und Deutschland 9,10, in Oesterreich 14,27, in Italien 24, in Frankreich 44,4 und in England 29,6. Die schlechten Verhältnisse der Finanzen in Preußen sind vorübergehende. Uebrigens wird immer eine Grenze kommen, hinter welcher unerfüllte Wünsche liegen. Der Finanzminister wird niemals in die Lage kommen, alle angemeldeten Wünsche zu erfüllen. Ich habe gestern gesagt, daß wir und vorbehalten müßten, wenn Neuwahlen doch einmal eintreten, auch unsere früheren Forderungen zurückzunehmen. Ich kann heute erklären, daß wir das nicht thun würden. Bei den Neuwahlen würde unsere Parole der Antrag Huene sein. (Große Unruhe links. Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. von Stumm (Rp.) bleibt bei der großen im Hause herrschenden Unruhe, die dadurch verstärkt wird, daß viele Abgeordnete nach der Rede des Reichskanzlers den Saal verlassen, anfangs unverständlich. Er führt aus, daß die Zahlen, welche Abg. Richter vorgebracht habe, sich bei näherer Prüfung als falsch ergeben haben. Wenn man die Franzosen durch Nechen-

erempel zurückgeschlagen könnte, so wäre Herr Richter zu gebrauchen zur Verteidigung des Vaterlands. Aber seine Erempel sind sämtlich falsch. Die Annahme der Vorlage, die dadurch erfolgte Sicherung des Friedens, würde für Deutschland viel mehr wert sein, als die kleine Mehrbelastung, welche aus der Vorlage entsteht. Redner wendet sich gegen Richter's Behauptung, daß wir Frankreich überlegen seien; das sei nur durch eine künstliche Rechnung zu erweisen. Jedenfalls sei der Zweibund dem Dreibund überlegen. Bei der Berechnung der Präsenz rechnet Herr Richter in Frankreich die Ersatzreserve nicht an, bei uns rechnet er sie an. Die Ersatzreserve ist aber der Präsenz nicht zuzurechnen; denn sie gehört ja eigentlich dem Beurlaubtenstande an. Redner geht ausführlich auf die Berechnung ein, die aber, da er sich von der Tribüne abwendet und immer noch links spricht, nicht zu verstehen sind. Redner tritt den Ausführungen Richter's entgegen in bezug auf die mangelnde Zahl der Tauglichen und in bezug auf die Verjüngung der Armee. Wenn die Urtheile unbesungen abgegeben würden, unbeeinflusst von jeder Agitation, so würde nach dem Kommissionsbericht die Annahme der Vorlage mit großer Mehrheit erfolgen. Durch die Ablehnung der Vorlage wird der Feind gerade ins Land gerufen. Die Herren sprechen immer von ihrem Patriotismus, aber den Patriotismus, der alles einsetzt für die Ehre des Landes, den haben Sie nicht! (Weisfall rechts.)

Hg. Webel (Soz.): In anbetragt der Stellung, die wir bisher zu allen derartigen Vorlagen eingenommen haben, habe ich keine Veranlassung, mich auf die einzelnen Anträge näher einzulassen. Der Reichskanzler sagte gestern, ich hätte in der Kommission die europäische Lage in einer Weise geschildert, wie es ein Regierungskommissar nicht besser hätte thun können, und er hätte erwartet, daß ich danach für die Militärvorlage stimmen würde. Meine Ausführungen über das Verhältnis Deutschlands zu den anderen Großstaaten in der Kommission decken sich mit denen bei der ersten Lesung, und sind genau dieselben, die meine Partei seit 22 Jahren vertritt. Die Regierungen und ihre Vertreter haben aber in Uebereinstimmung mit der Majorität des Hauses diese unsere Auffassung als eine durchaus irrige erklärt. Wenn sich heute eine Uebereinstimmung der Anschauungen zwischen den Regierungsvorstreitern und den Sozialdemokraten herausstellt, dann ist das eine zunehmende Erkenntnis auf Seiten der Regierung, die wir mit großer Genugthuung begrüßen. Fürst Bismarck hat 12 Jahre lang mit seiner genialen Politik die Resultate von 1670/71 so benutzt, daß er ein förmliches Wettkampfen vor Rußland veranstaltete. Endlich nach 12 Jahren kam er zu der Ueberzeugung, daß nie daran zu denken sein dürfte, jemals zwischen Deutschland und Rußland und Frankreich andererseits ein friedliches Verhältnis herbeizuführen, es sei denn daß eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt werden könnte. Wir haben den Standpunkt der Nothwendigkeit einer Ausöhnung mit Frankreich stets betont, und Abgeordneter Richter sprach es heute auch aus, daß wir seit 20 Jahren uns in einem Unruhezustand befinden, der diese Militärvorlagen erzeugt hat. Damit ist also klipp und klar charakterisiert, daß die Auffassung der Dinge, wie wir sie seit 70/71 gehabt haben, auf allen Seiten des Hauses als richtig anerkannt ist. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß das gesagte Verhältnis zwischen beiden Staaten wärdig wird, und daß sich daraus Komplikationen ergeben können, sind auch wir der Meinung, daß es notwendig sei, daß Deutschland alles anbietet, um im Falle eines Krieges mit zwei Fronten in ausgiebiger Weise sich zu verteidigen zu können. Als Deutsche können wir es unter keinen Umständen dulden, daß wenn einmal auswärtige Mächte den Krieg erklären, Deutschland wehrlos dastehet. Wir werden und dürfen einer solchen Gefahr nicht ruhig zusehen. Als Sozialdemokraten haben wir erst recht das allergrößte Interesse daran, daß die Integrität Deutschlands voll und ganz aufrecht erhalten wird, denn wenn es z. B. Rußland möglich sein sollte, sich einen Theil Deutschlands einzuverleiben, dann würden unsere Ziele und Ideale in unendliche Ferne hinausgeschoben. Nur in dem Gedanken, daß sich die heute in Deutschland bestehenden Zustände weiter entwickeln werden und damit die Zwecke der Sozialdemokratie fördern, sind wir verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Deutschland von auswärtigen Feinden keinen Schaden erleide. Wenn wir hierin mit allen Parteien einverstanden sind, so sind wir über den Weg, wie das zu erreichen ist, verschiedener Meinung. Es ist Aufgabe der Regierung, die innere und auswärtigen Angelegenheiten so zu ordnen, daß, wenn dem Volke Lasten auferlegt werden, das in einem solchen Maße geschieht, daß die Opfer möglichst wenig drücken, andererseits dafür zu sorgen, daß die Verteidigung des Landes dadurch keinen Schaden erleidet. Daß wir schon an der Grenze der materiellen Leistungsfähigkeit stehen, wird von Seiten der Regierung und der Parteien, die ihr zustimmen, bestritten. Wer aber die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, muß sagen, daß man inmitten der breiten Volksmasse nicht mehr gewillt ist, weitere Lasten auf die Schultern zu nehmen. Wenn es auf die freie Entschließung der Mehrheit dieses Hauses ankommt, so würde die Regierungsvorlage bewilligt. Was sie aber abhört, ist die Angst vor ihren Wählern, die sich in einer Stimmung befinden, daß die Abgeordneten es nicht mehr wagen dürfen, gegenüber dieser Vorlage ihr „Ja“ abzugeben. (Sehr richtig, links.) Wir geben uns darüber keiner Täuschung hin. Wenn der neue Reichstag eine Zusammenfassung findet, die noch ungünstiger ist, dann wird die Frage entstehen, ob man das allgemeine direkte Wahlrecht noch weiter beschränken lassen soll. Wir wissen, daß diese Frage in weiten Kreisen ventilirt wird. Aber es ist viel leichter, einem Volke ein Recht vorzuenthalten, als ihm ein Recht, das es Jahrzehnte lang ausgeübt hat, zu entreißen. (Sehr richtig! links.) Wenn die breite Masse der Bevölkerung die ungeheuren Steuern und Militärkosten tragen muß, dann ist die Regierung auch verpflichtet, für die Rechte zu sorgen, die mit solchen Pflichten verbunden sind. Als in Belgien meine Parteigenossen den Versuch machten, das allgemeine Stimmrecht einzuführen, und die Regierung wenigstens prinzipiell der Forderung nachgegeben hatte, war es General Briamont, der aussprach: „Ich bin prinzipiell für das allgemeine Wahlrecht, weil ich für die allgemeine Wehrpflicht bin.“ Hätten Sie sich also, an diesem vornehmsten und wichtigsten Recht des Volkes zu rütteln, der Revolution von oben könnte sehr leicht eine Revolution von unten auf dem Fuße folgen. (Sehr richtig! links.) Es ist charakteristisch für die Lebenshaltung der großen Masse, daß der Konsum des Getreides, des vornehmsten Nahrungsmittels für das deutsche Volk, auf den Kopf der Bevölkerung innerhalb des Zeitraums von 1870 bis 1891 von 218 Kilogramm auf 162 Kilogramm gesunken ist. Das ist nicht nur ein Zeichen des materiellen Rückganges der großen Massen, sondern es liegt darin auch die Bestätigung, daß Hand in Hand damit die physische Degeneration des Volkes wächst und damit die Zahl derjenigen sich vermindert, die fähig sind zur Verteidigung des Vaterlandes. In weiten Kreisen nicht bloß der Arbeiterklassen, sondern auch derjenigen, die man bisher mit Recht als Stütze des heutigen Staates angesehen hat, der Kleinhandwerker und Kleinbauern, ist eine große Mißstimmung vorhanden. Ein großer Theil der Herren vom Zentrum, namentlich der Bayern, muß zu einer entschiedenen Ablehnung der Vorlage Stellung nehmen, weil sie ganz genau von der Stimmung ihrer Wähler unterrichtet sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich innerhalb der großpolitischen Gesellschaft sich eine wachsende Unzufriedenheit entwickelt; wenn in einer solchen Zeit noch solche Vorlagen kommen wie diese, dann ist dieselbe wohl geeignet, das Maß zum Ueberlaufen zu bringen. Wäre die Lage der Stütze der Gesellschaft eine so zufriedene, wie in gewissen Kreisen des Herrn v. Stumm, beweise ich nicht, daß die Vorlage angenommen würde. Ich weise daran, daß eine große Anzahl von Standesgenossen des Herrn v. Stumm wie er die auf ihn fallende Quote der Kosten tragen würde, wenn die Kosten der Militärvorlage im Wege der Matrilinear-

umlage und in Preußen im Wege der Vermögenssteuer aufgebracht werden sollten, sie sind aber leinigt, die Art und Weise der Anbringung der Lasten für das Militär vorzugsweise auf den kleinen Mittel- und Arbeiterstand abzuwälzen. Wenn diese Vorlage eine Majorität fände, so würden ohne Zweifel die Kosten nicht im Wege der direkten Einkommensteuer oder der Vermögenssteuer aufgebracht werden, sondern es würde sich nur darum handeln, welcher Konsumartikel der großen Massen noch entsprechend bluten könne. Die Ungleichheit wird immer größer und es liegt auf der Hand, daß jede weitere Forderung an diese Schichten der Bevölkerung mit dem größten Widerwillen getragen wird, bis man auf einem Standpunkt angekommen ist, wo die Grenze der Bertheidigungsfähigkeit erreicht ist. Es ist kein Zweifel, daß heute in Italien und Oesterreich jedes Vorgehen Deutschlands auf dem Gebiet des Militärwesens mit einer gewissen Unbehaglichkeit betrachtet wird, weil man sieht, daß auch sie ihrerseits als Bundesgenossen ihren Kraftaufwand steigern müssen. In der Erkenntnis, daß die Bundesstaaten auf dem bisher beschrittenen Wege nicht weiter voranschreiten können, ist und Deutschen diese Vorlage gemacht worden. Wie steht's nun mit der Leistungsfähigkeit von Rußland und Frankreich? In Frankreich hat sich in diesem Jahre zum ersten Mal seit 20 Jahren ein Defizit herausgestellt, und zwar von 150 Millionen Franz, ungeachtet der kolossalen Steuern und Abgaben, die dort im Wege der indirekten Steuern aufgebracht werden, ist man auf einem Punkt angekommen, wo man nicht aus noch ein weiß zur Deckung des Defizits. Ferner haben die Auszahlungen in den Sparkassen die Einlagen um 6 Millionen überschritten. Der Verkauf der französischen Rente hat in den letzten Jahren ebenfalls in erhöhtem Maße stattgefunden. Daraus kann man schließen, daß Frankreich an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen ist. Rußland kann allerdings seiner geographischen Lage und seinem natürlichen Zustande nach für ganz Europa gefährlich werden. Im Augenblick aber ist es außer Stande diejenige Gewaltpolitik fortzusetzen, die den Wünschen seiner Regierung und der leitenden Kreise entspricht. Der russische Bauer ist nach der Emancipation so angeartet worden, daß Rußland nicht entfernt diejenigen Steuerquoten aufbringen kann, welche es entsprechend seinen Leistungen aufbringen müßte. Der russische Kredit ist so gesunken, daß selbst die Franzosen nicht geneigt sind, ihrem Bundesgenossen auch nur die geringste Anleihe abzunehmen. Der Reichskanzler bezieht sich auf die militärischen Autoritäten, denen wir glauben müßten. Thäten wir dies, so würde der Reichstag zu einer einfachen Steuerbewilligungsmaschine herabsinken. Aber ich frage, wie kam es denn, daß die militärischen Autoritäten sich über die Wehrverhältnisse Frankreichs und Rußlands so täuschen konnten, daß sie nicht längst zu Rüstungen übergegangen sind, welche denen der Gegner überlegen waren? Die Kriegsmacht unserer Segner soll uns um eine volle Million überlegen sein. 1890 hat der Kriegsminister postum erklärt, man werde, abgesehen von Kleinigkeiten, neue Wehrforderungen nicht machen. Die militärischen Autoritäten haben sich dann als gerade so getrrt, wie es früher bezüglich der Ersatzreserve und des Landsturmes geschehen ist. Die Ersatzreserve ist ein Institut, das eine ganz verzweigte Ableitung mit der Miliz hat, welches der Reichskanzler gestern stigmatisirt hat. Alles das beweist, daß selbst militärische Autoritäten keineswegs mit dem Scharbilde, mit dem man sie operirt, die Sache verfolgt habe. Vor drei Jahren erklärten dieselben Autoritäten die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen für unannehmbar, heute sind sie dafür. Die Militärlasten sind seit den 70er Jahren um 80 pCt. gestiegen. Allein von 1888—1893/94 sind 6570 Millionen für Militärzwecke ausgegeben worden. Und dazu ist nun noch die ungeheure Steuerlast getreten. Wenn man einmal das Volk in die Lage versetzen will, mit Aufbietung aller seiner Kräfte und Fähigkeiten sich gegen seine Feinde zu wehren, dann muß es auch in einer Form geschehen, die möglichst wenig drückend für das Volk ist. Wir haben deshalb gefordert, daß an stelle des gegenwärtigen lebenden Heeres das Milizsystem trete. Wir haben uns nicht darüber getäuscht, daß diese Forderung auf lebhaften Widerstand stoßen würde. Hat ja doch die konservative Partei sich gegen diese Vorlage anfangs gestäubt, weil die zweijährige Dienstzeit auch angeblich die Qualität der Truppen vermindern, den nötigen militärischen Geist verschlechtern und den Sozialdemokraten mehr und mehr Eingang in die Armee verschaffen würde. Der Reichskanzler hat aus einer Reihe von Artikeln im „Vorwärts“ von meinem Freunde Engels eine Keuschung titirt und daraus den Schluß gezogen, daß unser System darauf hinauslaufe, den Geist der Armee zu untergraben. Was der Reichskanzler sagte, steht nicht in jenem Artikel. Der titirte Satz besagt nur, daß, wenn die Leute, welche heute als Unteroffiziere ein außerordentliches Maß von Strenge, Härte, Rücksichtslosigkeit und unter Umständen Grausamkeit gegenüber den Mannschaften zeigen, im dauernden Umgange mit unserer lebenslustigen, lebensfreudigen Schuljugend sein werden, selber wieder zu vernünftigen, weicherzigen Menschen werden könnten. (Nachen rechts.) Bezeichnend ist, daß man gegen das Milizsystem nicht sowohl militärische als vorzugsweise politische Gründe vordringt. Wir haben jederzeit anerkannt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, das Milizsystem mit einem Schlage einzuführen. Es gehört dazu eine ganze Reihe von Jahren des Uebergangs. Hand in Hand mit diesem System muß die militärische Jugend-erziehung der Nation gehen. Die zahlreichen Unteroffiziere müßten in erster Linie dazu benutzt werden, als Turn- und Gergielehrer der militärischen Jugend-erziehung zu dienen. Ein großer Theil der militärischen Mißhandlungen — das gebe ich zu — ist darauf zurückzuführen, daß die Unteroffiziere bei der mangelnden körperlichen Ausbildung der Rekruten oft die Gesundheit verlieren und zu Thätlichkeiten übergehen. Jeder wehrfähige Mann muß zur Verteidigung des Vaterlandes ausgebildet werden, das ist aber unmöglich auf dem bisherigen Wege. Ich lasse dahingestellt sein, ob wirklich bei der letzten Musterung 70 pCt. mehr taugliche Mannschaften ermittelt worden sind, aber es steht fest, daß die Zahl der wirklich militärfähigen Mannschaften weit über das Maß dessen hinausgeht, was selbst bei Verwirklichung der neuen Militärvorlage von der Militärverwaltung verlangt wird. Wir sehen nun auf dem Standpunkt, daß keinerlei Privilegien in bezug auf eine Befreiung von der Militärpflicht gewährt werden dürfen. Wir sind deshalb gegen das Einjährig-freiwilligen-System und im Prinzip auch gegen die Ersatzreserve. Wird das Milizsystem durchgeführt, dann könnten die Militärausgaben mindestens um die Hälfte verringert werden. Dieselben Einwendungen, welche jetzt von der Militärverwaltung gegen das Milizsystem erhoben werden, sind 1896 von den preussischen Generalen gegen die Reorganisation der Armee angeführt worden. Der König bis zum letzten Sekondelieutenant erklärte einstimmig, so etwas sei ja undenkbar und undurchführbar. In den Dankwärtigkeiten des Generals von Bogen wird dies klar auseinandergesetzt. Ich hatte in der Kommission darauf hingewiesen, daß das Milizsystem sich glänzend bewährt habe nicht bloß in der französischen Revolution, sondern auch in der Verteidigung von Spanien gegenüber Napoleon. Der Reichskanzler meinte darauf, ohne die Hilfe Wellington's sei die Verteidigung Spaniens nicht möglich gewesen. Thatsache ist — ich habe das inzwischen aus den Geschichtswerken festgestellt — daß Spanien von 1808—1813 ohne die Guerilla-Organisation sich nicht hätte mit Erfolg vertheidigen können. Aus dem Bogen'schen Werke geht hervor, daß der General Scharnhorst 1813 für Preußen genau dasselbe System adoptiren wollte, welches sich in Spanien so glänzend bewährt hatte. Der Reichskanzler hat uns gesagt: „Geben Sie uns die Alpen, und wir wollen das System einführen.“ Scharnhorst hat nicht darauf gewartet. Das Interessanteste ist, daß Bogen später wegen seiner Verteidigung der Scharnhorst'schen Ideen als Jakobiner bezeichnet wurde. Heute würde man einen solchen General einen Sozialdemokraten nennen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das System, das Scharnhorst zum Durchbruch brachte, das aber nach dem Kriegsschluß 1815 so korrumpirt wurde, daß

man es nicht wieder erkannte, bietet die sicherste Grundlage für die Sicherheit des Landes. Nach einer anderen Notiz in diesem Werke hatte Bogen die Aufgabe, Landwehreschwadronen der Kavallerie zu organisiren. Eine Reihe ehrenwerther Männer, die früher bei der Reiterei gebient hatten, erklärten sich bereit, das Kommando dieser Schwadronen zu übernehmen. Diese sollten in ganz kurzer Zeit ausgebildet werden, um an den nachfolgenden Gefechten theilnehmen zu können. Die Kommandeure sollten sie während des sechsmonatigen Waffenstillstands 1813 hinreichend ausbilden. Das erklärten die Herren für unmöglich. Es war eben der Fehler, daß diese Herren früher Offiziere waren und von ihren Vorurtheilen über die nötige Ausbildung ausgingen. Da sagte Bogen: Ich sehe ein, Sie können nicht so marschiren, die schlechtesten Schwadronen werde ich auflösen, den Rest in die Depots schicken. Damit griff er die Herren an der Ehre, und diese erklärten sich zu dem Versuch bereit und bildeten die Schwadronen in sechs Wochen so aus, daß sie ihren Aufgaben gerecht wurden. Wegen unferer Antrag in der Kommission, auch die Kavallerie nur zwei Jahre dienen zu lassen, führten die Regierungskommissare aber aus, daß das undenkbar sei, daß eine solche Truppe den Ansprüchen nicht genügen könne. Für die Spezialwaffen, Artillerie und Kavallerie mag ja, auch beim Milizsystem — das erkannte die Schweiz auch an — eine längere Ausbildungszeit nötig sein. Aber wenn ich auch weit entfernt bin, das schweizer System nach allen Richtungen für musterhaft anzusehen — es sind im Gegenheil dort mancher Verbesserungen nötig, um das zu erzielen, was von einem gefechtsfähigen Soldaten verlangt wird — so steht doch fest, daß die Schweiz eine Bertheidigungsmannschaft aufstellen kann, die prozentual weit über das hinausgeht, was Deutschland stellen könnte. Die Schweiz kann 470 000 Mann zur Bertheidigung des Vaterlandes stellen. Dazu müßte in Deutschland eine ähnliche Organisation geschaffen werden. In der Schweiz wird auch der Landsturm jährlich einmal zur Uebung in der Nähe der Wohnorte eingezogen, die Leute sind auch im Frieden vollkommen ausgerüstet, jeder Landsturmann nimmt seine Uniform mit nach Hause und bekommt auch Patronen, um die nötige Uebung mit dem Gewehr zu erhalten. Alle unsere noch so schlagenden Ausführungen über die Durchführbarkeit und Nothwendigkeit des Milizsystems, weil die Nation die Lasten nicht mehr tragen kann, werden ja auf das Haus und die Regierung nicht den Eindruck machen, den sie machen müßten, weil man prinzipiell feindlich dieser Organisation gegenübersteht, weil man glaubt, daß sie dem ganzen gegenwärtigen Staatssystem feindlich gegenüber treten könnte. Aber die fortgesetzt steigenden Anforderungen seit mehr als zwei Jahrzehnten können alle Völker Europa's auf die Dauer nicht erfüllen. In verhältnismäßig kurzer Zeit wird bei allen Völkern Europa's und in allen Großstaaten mehr und mehr die Ueberzeugung Platz greifen, daß auf dem betretenen Wege es nicht weiter geht, daß es undenkbar ist, daß die Lasten noch getragen werden können. Wenn erst einmal diese allgemeine Erkenntnis vorhanden ist, werden sich die Völker Europa's auch fragen, wozu haben wir es nötig, uns gegenseitig bis an die Kehle zu rüsten. Gut und Blut der Nation in unerbörtem Maße zu opfern für den Tag, wo wir von Seiten der Regierung kommandirt werden, gegen einander zu stehen und uns gegenseitig die Köpfe abzuschlagen. Sie werden sich fragen, zu welchem Zweck und für wen? Die Antwort wird dann sehr viel lauter sein, als Sie erwarten. Die ganzen militärischen Leistungen seit zwei Jahrzehnten stehen im schreiendsten Widerspruch zur ganzen Kulturentwicklung. Während auf dem Gebiete des Verkehrs, der Wissenschaft und Industrie der gegenseitige Austausch der Völker riesenhafte Fortschritte macht, während immer mehr die Gedanken der internationalen Verbrüderung zum Durchbruch kommen, macht sich auf militärischem Gebiet immer mehr eine Organisation breit, die im Gegensatz zur Entwicklung aller Kulturoölker steht, und wenn wir heute Reichstag und Regierung nicht von der Nothwendigkeit überzeugen, diesen Weg zu verlassen, so hoffen wir doch, daß unsere Ideen in immer weiteren Kreisen des Volkes Wurzel fassen werden, und wenn wir in den nächsten Tagen zur Wahlurne gerufen werden sollten, so hoffen wir, daß die deutsche Arbeiterklasse der Regierung die Antwort nicht schuldig bleiben wird. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird um 4 1/2 Uhr die weitere Berathung bis Freitag 12 Uhr vertagt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 4. Mai, Nachmittags 6 Uhr.

Stadt. Klein hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt.

Als Ferien für die Versammlung werden auch in diesem Jahre die Monate Juli und August festgesetzt.

In den Ausschuss für die Vorlage betr. die Niederlegung einer gemischten Deputation für die Krankenhäuser ist auch Dr. Jabel gewählt.

Am Schlusse der vorigen Sitzung wurde von dem Stadtv. Sachs II und Meyer I folgender dringlicher Antrag eingebracht:

Die Versammlung beschließt, gemeinsam mit dem Magistrat bei dem Abgeordnetenhaus um Ablehnung des in der Sitzung vom 25. April angenommenen Antrags Friedberg, wonach die bestehenden Rieths- und Wohnungsreueren spätestens am 1. April 1900 außer Kraft treten, zu petitioniren.

Der sofortigen Verhandlung des Antrags in der vorigen Sitzung war Widerspruch entgegengesetzt worden. Der Antrag erscheint deshalb auf der heutigen Tagesordnung. Der Vorsteher theilt heute jedoch mit, daß der Antrag zurückgezogen ist und daß der Magistrat eine Petition gleichen Inhalts an das Abgeordnetenhaus richten will.

Ueber das Reskript des Oberpräsidenten in betref der Einführung neugewählter Stadtverordneter hat der Wahlpflicht-Ausschuss neuerdings beraten.

Durch Beschluß vom 8. November 1892 sollte der Geschäftsordnung für die Versammlung folgender neuer § 62 zugefügt werden:

Der Magistrat ordnet die Einführung der neugewählten Stadtverordneten mit Beginn derjenigen Wahlperiode an, für welche sie gewählt sind. Hat jedoch vor Beginn dieser Periode die Versammlung die Wahl bereits für ungültig erklärt, so unterbleibt die Einführung, bis der Beschluß der Versammlung rechtskräftig aufgehoben ist.

Der Magistrat war dem Beschlusse beigetreten und hatte seine Genehmigung bei dem Oberpräsidenten bekräftigt. Dieser ist indessen mit der vorgeschlagenen Fassung nicht ganz einverstanden; er hat zwar seinen früheren Standpunkt, daß die Einführung so lange ausgesetzt sei, bis die Gültigkeit der Wahl außer Frage steht, aufgegeben, schlägt aber vor, den § 62 so zu fassen:

Die Einführung der neugewählten Stadtverordneten erfolgt mit Beginn derjenigen Wahlperiode, für welche sie gewählt sind, jedoch nicht früher, als die Gültigkeit ihrer Wahl durch die Stadtverordneten-Versammlung anerkannt ist.

Der Ausschuss hat beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, von dem ihr durch das Zuständigkeitsgesetz eingeräumten Rechte Gebrauch zu machen, wonach sie, abweichend von der jetzigen Praxis, alle Wahlen, auch wenn kein Einspruch dagegen erhoben ist, auf ihre Gültigkeit prüfen kann. Das dabei zu beobachtende Geschäftsverfahren soll durch folgende, hinter § 15 in die Geschäftsordnung einschließende Bestimmungen geregelt werden:

Sämtliche die Stadtverordnetenwahlen betreffenden Akten sind unmittelbar nach Ablauf der Einspruchsfrist dem Magistrat zur Verfügung zu übermitteln...

Ist gegen die Gültigkeit einer Wahl Einspruch erhoben, so hat der Ausschuss, soweit es ihm erforderlich erscheint, Beweisaufnahme zu veranlassen...

Bei der Verhandlung und Abstimmung über die Gültigkeit einer Wahl gelten sowohl der bisherige Stadtverordnete als der neugewählte für interessiert im Sinne des § 44 der Städteordnung...

Die Einführung der neugewählten Stadtverordneten erfolgt bei Beginn der Wahlperiode, für welche sie gewählt sind...

In § 15b, wie er im Ausschusse beantragt war, war auch die Zeugenernennung vor einem Deputierten des Ausschusses vorgesehen...

Das im Ausschusse von einer Seite vertretene Verlangen, daß nach der feststehenden Praxis aller Parlamente die auf Grund der Wahlen zusammengetretene Versammlung über die Legitimation ihrer Mitglieder entscheide...

Stadtv. Neumann spricht sich gegen den § 15c aus, der das Stimmrecht zweier Stadtverordneten in einem speziellen Punkte direkt beseitigt...

Ohne weitere Diskussion wird der Ausschussantrag unverändert angenommen und der Magistrat ersucht, dem Beschluß betr. die Abänderung der Geschäftsordnung beizutreten...

Der Verlagsbuchhändler Rudolf Rosse hatte aus Anlaß des 90. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. eine historische Preisausgabe mit einem Honorar von 10 000 M. ausgeschrieben...

Ohne Debatte wird die Zustimmung erteilt. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schließt die Sitzung um 7 1/4 Uhr.

Tokales.

Heber den ersten diesjährigen Korso melden bürgerliche Blätter, daß die Aristokratie — eine berartige Probenklausur ist nämlich ursprünglich ein aristokratisches Vergnügen...

Die Gemeindevorstellung Panfow hat mit der Firma Siemens u. Halske wegen Herstellung und Inbetriebsetzung einer elektrischen Strohendbahn mit oberirdischer Leitung von der Dreierstraße in Panfow ab, die Wolkanstraße entlang bis zur Weichbildgrenze von Berlin getroffen...

Potsdam kann in diesem Jahre sein geschichtlich beglaubigtes 900jähriges Bestehen feiern. Die Nachrichten über den Ursprung Potsdams sind zwar unsicher, doch weiß man, daß der Ort schon im 10. Jahrhundert als ein wendisches Dorf vorhanden gewesen ist...

Zweihundert Mark Belohnung werden durch Säulen anschlag demjenigen zugesichert, der zur Ermittlung jenes Burschen beiträgt, welcher in der Nacht vom 18. zum 19. März in der Säulenhalle des alten Museums von den Statuen Binkelmanns und Schinkel's die Finger der rechten Hand und von den Widderköpfen an der Stütze des Standbilds v. Knobelsdorff's die Hörner abgeschlagen hat...

Der neuerrichtete zwölfte Zivilsenat des Kammergerichts hat vorgestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Werner seine erste Sitzung abgehalten. Diefem Senat sollen, wie wir vernahmen, unter Anderem namentlich auch die Entscheidungen der auswärtigen Landgerichte im Bereiche des Kammergerichts zur Prüfung in der Berufungsinstanz überwiesen werden.

Wasserpiraten treiben seit einiger Zeit auf Spree und Dahme ihr gefährliches Wesen. Sie pflegen die vor Anker liegenden Segelboote aufzusuchen und die verschlossenen Kojüten zu erbrechen. Gelingt dies nicht oder sieht die Besatzung in keinem Verhältnis zu der angewandten Mühe, so durchschneiden sie aus Mangel darüber das Takelwerk und zerstören, was sie sonst noch vorfinden...

Weglich der Auffindung einer Kindesleiche in Neu-Ruppin, welche zu dem Gerichte von der Ermittlung der kleinen Hedwig Weber Veranlassung gab, erfahren wir, daß es sich um die Leiche der zwölfjährigen Pflanztochter eines Arbeiters in Neu-Ruppin handelt. Die Kleine, welche schon seit drei Wochen vermisst worden, sollte sich, wie in dieser Stadt verbreitetes Gerücht besagt, wegen fortgesetzter Mißhandlungen durch ihre Angehörigen das Leben genommen haben...

Wieder Einer! Im Hause Hobrechtstraße 7 zu Higdori wohnte bis vor Kurzem ein Kaufmann Schmidt, der durch gedruckte Bestellbriefe und sein sicheres Auftreten zahlreiche Geschäftsleute zu veranlassen wußte, ihm Waaren aller Art zu überlassen, die er indes sämtlich zu bezahlten vergaß...

Angeschwemmte Mumie. Gestern trieb am Inselspicher die Leiche eines Mannes an, die mit einem Kalkstrümpfen dem größten Theile des Körpers überzogen und mumifizirt war, während Beine und Arme der völligen Auflösung bereits anheimgefallen waren. Die Papiere in den Taschen des Toten waren noch völlig leserlich. Ein mit Bleistift geschriebener Brief „an meine Braut in Erfurt“, der mit Unterschrift Karl Träger, aber kein Datum trägt, spricht dafür, daß der Aufgefundene wegen einer unheilbaren Krankheit Selbstmord begangen hat...

Einen schrecklichen Anblick gewährte vorgestern Abend ein Mann, der in der Rosenstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, dabei zu Falle kam und unter die Räder eines Pferdebahnwagens geriet. Obgleich der Kauscher die Bremse sofort ansetzte, war nicht mehr zu verhindern, daß der Wagen über das linke Bein des Gefallenen fuhr und dieses vollständig zermalte. Das Polizei-Revier ließ den Mann nach der Charité fahren, wo ihm das Bein alsbald abgenommen werden mußte...

Gegen den durchgegangenen Kaufmann Konrad Wachsmann ist die Untersuchungshaft wegen betrügerischen Bankrotts verhängt worden. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I hat hinter Wachsmann, der bekanntlich hier ein Abzahlungs-geschäft betrieb, den Steckbrief erlassen.

Gestern versuchte sich auf dem israelitischen Friedhof in Weihensee an dem Grabe eines vor zwei Monaten beerdigten Kaufmanns Jüder Friedländer ein etwa 22 Jahre altes Mädchen mittels Schwefelsäure zu vergiften. Auf der Draht trug das Mädchen eine Visitenkarte mit dem Namen des genannten Kaufmanns. In nicht vernunftgemäßem Zustand wurde die Unglückliche in das Krankenhaus am Friedrichshain überführt.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern Morgen im Reichstags-Gebäude zugetragen. Der dort seit einigen Tagen beschäftigte 64 Jahre alte Arbeiter Peter Schmidt hatte den Aufzug, von dem Lüthrumm Schutt in einem Sack herabzutragen. Hierbei trat er ein Glasfenster auf ein Glasdach, brach durch und stürzte auf einen asphaltierten Platz. In dem Falle hielt er den Sack krampfhaft fest, und so geschah es, daß er mit dem Kopfe zuerst unten ankam. Er erlitt einen Gehirnbruch, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand wüthete in der letzten Nacht auf dem Grundstück Falkensteinstraße 21. Zerflort wurde der ganze Dachstuhl des Quergebäudes und der halbe Dachstuhl des Seitenflügels mit vielen Verschlagen und Gerümpel. Vier Spritzen gaben Wasser.

Polizeibericht. Am 3. d. Mts. Morgens wurde ein Kaufmann in seinem Geschäft in der Schönhauser Allee erhängt vorgefunden. — Abends versuchte ein Lithograph in seiner Wohnung, in der Zupalidenstraße, sich mittels Revolvers zu erschlagen. Er verletzte sich bedeutend an der Brust und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. — Vor dem Hause Rosenstr. 23 fiel ein Schneidermeister beim Bestreuen des Vorderraums eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde, geriet unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung des Unterleibes, so daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden sechs Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Eine interessante Entscheidung fällt heute die erste Strafkammer am Landgericht II in einer Anklagesache wider den Arbeiter Otto Redetz aus Köpenick, welcher sich wegen öffentlicher Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirche zu verantworten hatte. Redetz ging am 22. Januar, einem Sonntage, an der Köpenicker Stadtkirche vorüber, als eine Arbeiterkolonne den Schnee vom Fahrdamm beseitigte. Er rief dem einen Arbeiter zu: „Ist das Sonntagskud? Was arbeitet Ihr hier am Sonntag Nachmittags und noch dazu vor dem Schastalle dort?“ Auf die deshalb erhobene Anklage fällt der Gerichtshof folgende Entscheidung: „Ein einzelnes kirchliches Gebäude kann im allgemeinen nicht als kirchliche Einrichtung oder kirchlicher Gebrauch angesehen werden; es wird zwar für kirchliche Zwecke gebraucht, ist aber selbst weder „Einrichtung“ noch „Ge-

brauch“. Der Angeklagte hat nicht in abstracto von sämtlichen Kirchen gesprochen, sondern nur ein konkretes Gebäude und im weiteren die Besucher als Schafe oder thörichte Menschen bezeichnet, die auch nicht unter den Begriff der Einrichtung oder des Gebrauchs fallen. Wenn der Angeklagte ein dialektisch gewandter Mensch wäre, dann könnte man annehmen, daß er die Kirche als solche habe beschimpfen wollen, das ist jedoch nicht der Fall, er hat in bezug auf das Gebäude, ohne sich etwas dabei zu denken, irgend einen gehörten Ausdruck nachgeplappert und mußte daher freigesprochen werden.“

Betrug und schwere Urkundenfälschung wurde dem Bau-Unternehmer Heinrich Antebach zu Last gelegt, der gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Im Oktober 1891 kam Antebach zu dem Zigarrenfabrikanten Görke, erzählte ihm, daß er ein Zigarrengeschäft eröffnen wollte und bat um Waare auf Kredit. Als Görke Bedenken geltend machte, wußte Antebach diese durch die Angaben zu beseitigen, daß er Besitzer eines Hauses in der Buttmanstraße sei und noch eine Forderung von 15 000 Mark an den Magistrat für geleistete Ausschachtungsarbeiten habe. Görke schenkte diesen Angaben Glauben und gab dem Angeklagten für etwa 1000 Mark Waare auf Kredit. Der Angeklagte richtete auch ein Geschäft in der Weberstraße ein, verkaufte dasselbe aber schnell wieder an den Kaufmann Masche für 2240 Mark mit sämtlichen Vorräthen. Masche verschleierte die Waare, wurde flüchtig und ließ seinen Gläubigern das Nachsehen. Görke hielt sich wegen seiner Forderung an Antebach, erhielt aber auch keine Deckung, da Antebach völlig vermögenslos war und die von ihm gemachten Angaben in betreff seiner Vermögensverhältnisse auf Unwahrheit beruhten. — Im Januar 1892 ließ der Kommissionsärz Dehmier bei einem Geldmann einen Wechsel über 1000 Mark diskontieren, der den Akzeptvermerk eines wohlhabenden Hausbesizers trug. Der Wechsel war gefälscht. Dehmier behauptete, daß der Angeklagte ihm den Wechsel mit dem Auftrage gegeben habe, denselben diskontieren zu lassen. Antebach bestritt dies entschieden; er wollte das Papier zum ersten Male gesehen haben, als es ihm vom Untersuchungsrichter vorgelegt wurde. Im geirigen Termine behauptete der Angeklagte, daß der Zeuge Dehmier der Fälscher sei. Während der Staatsanwalt den Angeklagten auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme beider Straftaten für überführt erachtete und gegen ihn eine Zuchthausstrafe von drei Jahren in Antrag brachte, führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Haase, aus, daß die Urkundenfälschung nicht genügend erwiesen sei und beantragte dieserhalb die Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auf anderthalb Jahre Zuchthaus und dreijährigen Ehrverlust.

Anklagen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz mehrten sich in letzterer Zeit wieder in auffälliger Weise. Gestern hatte der Gerichtshammer Dr. Bischoff in vier aufeinanderfolgenden Terminen vor der 128. Abtheilung des Schöffengerichts als Sachverständiger aufzutreten. Es handelte sich darin um Verfälschung von Butter, Wein, Gurken und Zitronenöl. Der letzte Fall verdient wegen der Eigenartigkeit der Verfälschung Erwähnung. Die Droguenhändlerin Vabr hatte Zitronenöl als „echt“ verkauft, welches sie gänzlich aus gleichen Theilen Zitronenöl, Alkohol und — Nicinöl hergestellt hatte. Dr. Bischoff begutachtete, daß Nicinöl sich besonders deshalb zur Verfälschung eigne, weil es sich in Alkohol klar löst, im übrigen seien dessen Wirkungen ja hinreichend bekannt, und es habe keinen Anspruch darauf, zu den „Delikatessen“ gerechnet zu werden. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 15 M.

Soziale Lieberlist.

Achtung, Filzschuharbeiter! Der Streik in den Filzschuhfabriken von Silberstein jr., Reibstr. 21, und G. Buchholz, Pottumstr. 12, dauert unverändert fort. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Agitationskommission der Filzschuh-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Mechaniker! Der Streik bei der Firma Groos u. Graf, Luisen-Ufer 44, dauert unverändert fort. Die Kollegen werden ersucht, die Werkstatt auch fernerhin streng zu meiden. Mittwoch, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, findet Rinnenstr. 16, eine öffentliche Versammlung in dieser Angelegenheit statt; möge ein jeder dort erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Die Hoflieferantenfirma Hermann Hoffmann macht einigen Arbeitern Abzüge. Eine am Montag, den 8. Mai, in den Arminhallen tagende Versammlung wird sich mit den Geschäftspraktiken dieser Firma befassen; es ist daher dringend nöthig, daß alle hierbei in Betracht kommenden Arbeiter erscheinen. Auch wird in dieser Versammlung der Delegirte zur Streik-Kontrollkommission über seine Thätigkeit Bericht erhalten. Ferner steht der Aufruf des Sekretärs des schweizerischen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes, betreffend eine internationale Schneiderkongress anläßlich des in Zürich tagenden internationalen Arbeiterkongresses zur Diskussion. In anbeacht der Wichtigkeit dieser Punkte ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, zahlreich zu erscheinen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

In ungunsten der Arbeiter verließ der Streik der Arbeiter der Fabrik von Müller u. Goldberg in Steglitz. Die Arbeiter gehörten keiner Organisation an.

In Bozen streiken die Tischler und Drechsler um den Jehntundentag.

In Venedig streiken die Ziegelarbeiter um Erhöhung ihres Lohnes.

In Wien haben gegen 900 Arbeiter der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft wegen verweigerter Lohnrerhöhung die Arbeit eingestellt. — In einer Bleicherer streiken 350 Arbeiterinnen.

Die freikundigen Zimmerer Wiens erlassen folgenden Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder: „Zum ersten Male stehen die organisierten Zimmerleute Wiens im Lohnkampf. Wir schämen uns nicht, gesehen zu müssen, daß bei schwerer eistündiger Arbeitszeit ein Lohn von 1,40 fl. gezahlt wird, trotz der gefährlichen Arbeit, die wir zu verrichten haben. Auf der höchsten Thurmspitze müssen wir radern, aufgesetzt den sengenden Strahlen der glühenden Sonne. Wenn aber einer noch einen Fehltritt am Gerüste macht, so liegt er zerschmettert am Boden. Genossen! Wir stehen in einem Kampfe um bessere Lebensbedingungen. Dieser Kampf beginnt bereits ein anderes Gesicht zu zeigen; er hat schon den Charakter des Klassenkampfes. Unsere „Arbeitgeber“ haben sich verbunden, um keinen Preis von den Hungerlöhnen abzulassen. Hungernde Kinder, Elend und Noth ist unseren Arbeitgebern gleichgültig. Wir Zimmerer haben hier in Wien einen schlechten Stand. Der Indifferentismus ist noch sehr vorherrschend. Deshalb dürfen wir keinen Streik erklären, sonst ist die ganze mit schweren Opfern ins Leben gerufene Organisation beim Teufel. Siegen wir, dann ist ein Schritt nach vorwärts gethan, dann sind die Indifferenten theilweise zu denkenden Menschen geworden und die Organisation wird sich kräftigen. Eine unserer Hauptforderungen ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Geist und

